



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Roland Christen begrüsst die Anwesenden, insbesondere die geschätzten Gäste und die Pressevertretenden zur dritten Sitzung des Langenthaler Stadtrates im Jahr 2011. Zur heutigen Sitzung begrüsse er speziell die neuen Stadratsmitglieder, Herrn Beat Lehmann (SVP) und Herrn Lukas Felber (JL). Herr Beat Lehmann ersetze den am 2. März 2011 aus dem Stadtrat zurückgetretenen Herrn Willi Lanz und Herr Lukas Felber für den am 14. März 2011 zurückgetretenen Herrn Patric Oppong. Mit dem Aufruf an das Parlament, die beiden mit einem Applaus zu begrüßen, wünsche er beiden eine gute Zeit und Freude an der Ratstätigkeit.

(Applaus)

Herrn Willi Lanz danke er im Namen des Stadtrates für dessen wertvolles und tatkräftiges Engagement im Parlament als auch in der Geschäftsprüfungskommission und wünsche ihm alles Gute.

Willi Lanz
Elzweg 12D
4900 Langenthal
Stadtrat SVP

EINGEGANGEN
3. MRZ. 2011

Büro Stadtrat
Stadtverwaltung Langenthal
Jurastrasse 22
4900 Langenthal

Langenthal, 2. März 2011

Rücktritt

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident
Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen

Ich teile Ihnen hiermit meinen sofortigen Rücktritt als Stadtrat mit. Die Kumulation von zahlreichen nebenamtlichen Tätigkeiten und die wachsenden Herausforderungen im Beruf belasten mich seit längerem in zunehmendem Masse. Um wieder mehr Lebensqualität zurückzugewinnen, entschloss ich mich zu diesem Schritt.

Der Rücktritt dürfte im Hinblick der Gemeindewahlen im kommenden Jahr zeitlich richtig liegen. Die Nachfolgerin oder der Nachfolger kann sich nun optimal in den Ratsbetrieb einleben, Erfahrungen sammeln und sich dementsprechend gut gerüstet der Wiederwahl stellen.

Ich möchte mich für die konstruktive Zusammenarbeit bestens bedanken und wünsche dem Stadtrat alles Gute und weiterhin angeregte Debatten.

Mit freundlichen Grüßen

Willi Lanz, Stadtrat SVP

Kopien (Mail): Präsident SVP, Fraktion SVP, Präsident GPK, Presse

EINGEGANGEN
14. MRZ. 2010

Patric Oppong
Allmengasse 17A

4900 Langenthal, im März 2011

Stadtratspräsident
Präsidialamt
Jurastrasse 22
4901 Langenthal

Rücktritt

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, lieber Gemeinderat und liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen,

Anfangs März 2011 habe ich eine berufliche Weiterbildung in Bern begonnen, welche 2 Jahre dauern wird. Da ich jeweils am Montag- und Mittwochabend Schule habe, werde ich **per sofort** aus dem Stadtrat und der Geschäftsprüfungskommission zurücktreten.

Seit Oktober 2006 war ich im Stadtrat und habe sehr schöne und interessante Jahre erleben dürfen. Ich habe mich bei meinen Referaten immer kurz gehalten und möchte dies nun auch in meinem Rücktrittsschreiben tun.

Nach dem Abschluss meiner Weiterbildung in 2 Jahren werde ich es mir vorbehalten, wieder politisch aktiv zu werden.

Ich wünsche Euch allen noch ein interessantes politisches Jahr und viele erfolgreiche Sitzungen.

Liebe Grüsse

Patric Oppong

Mit den besten Wünschen für die berufliche und private Zukunft danke er auch Herrn Patric Oppong an dieser Stelle für dessen 5 ½-jährige Tätigkeit im Parlament und dessen Wirken in der Geschäftsprüfungskommission.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **37** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- 3 Mitglied des Stadtrats sind entschuldigt abwesend.
- 6 Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Frau Gemeinderätin Paula Schaub ist entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsident Roland Christen: Wie bereits vor einem Jahr, sei wiederum ein Land von Tod und Zerstörung durch ein Erdbeben betroffen. Japan sei von Erdbeben und einer noch nie dagewesen Atomkatastrophe heimgesucht worden. An dieser Stelle möchte er dem japanischen Volk und den Behörden die Anteilnahme, das Beileid und das Mitgefühl der Stadt Langenthal aussprechen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat



1. Schulzentrum Kreuzfeld 1, Turnhallenstrasse 20; Gesamtsanierung Schulgebäude K1; Projektgenehmigung und Bewilligung eines Investitionskredits; Genehmigung und Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 14./15. Mai 2011

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Roland Christen legt den Ablauf der Beratung fest:

- Detailberatung: A Berichterstattung des Stadtpräsidenten Thomas Rufener, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen
- B Vorberatende Behörden/Voten der Fraktionssprechenden/Allgemeine Diskussion/Antragstellung
- Schlussabstimmung: C Abstimmung über den Beschlussesentwurf Ziffer I.
- D Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 14./15. Mai 2011 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

Die Berichterstattung des Stadtpräsidenten beziehe sich auf das vorliegende Traktandum (Nr. 1) als auch auf das nächste Traktandum (Nr. 2) womit die Berichterstattung zu beiden Geschäfte identisch protokolliert werde.

A Berichterstattung des Stadtpräsidenten Thomas Rufener, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen

Stadtpräsident Thomas Rufener: Es gehe um ein relativ kitzliges Projekt. Weder als ehemaliges Mitglied des Grossen Gemeinderates (Stadtrates) noch als Gemeinderatsmitglied noch als Stadtpräsident habe er ein Projekt in dieser Grössenordnung, von dieser Bedeutung und von dieser finanziellen Konsequenz im Stadtrat zu behandeln gehabt. Es gehe um Fr. 19 Mio. und somit um ein Geschäft, welches in der vorliegenden Dimension in etwa mit der Badi-Sanierung vor rund 20 Jahren vergleichbar sei. In der Überzeugung, dem Parlament eine gute Vorlage präsentieren zu können, sei es ihm ein Anliegen, dem Geschäft mit der nötigen Sorgfalt und mit dem nötigen Respekt zu begegnen.

Es gehe um ein zentrales Projekt für den Bildungsstandort Langenthal. Wenn man bedenke, dass die Kreuzfeldschulanlagen heute gebaut werden müssten, würde dies wohl Einiges erfordern, um zu einem Entscheid und zu einem Resultat zu kommen, wie dies von den Vorfahren mit dem Bau der Kreuzfeldschulanlagen erreicht worden sei. Der damalige Entscheid sei gewiss visionär gewesen. In diesem Zusammenhang gelte es nun das von Vorfahren Geschaffene zu erhalten.

Als er kürzlich in der Schulanlage Kreuzfeld gewesen sei, habe er den Eindruck gehabt, dass die Räumlichkeiten immer noch gleich seien, wie er sie als Schüler erlebt habe. Dementsprechend und in Anbetracht der Tatsache, dass es in Langenthal eine Zeit gegeben habe, in der aus finanzpolitischen Gründen Grossvorlagen nicht zur Diskussion gestanden haben, bestehe doch grosser Nachholbedarf.

Nach dem Entscheid des Parlaments zur Sanierung der Talstrasse (ehemaliges KV-Schulgebäude), sei eine Trendwende hin zu einer klaren gesamtheitlichen und einheitlichen Renovation der Anlage Kreuzfeld eingetreten. Weil eine gesamtheitliche und einheitliche Lösung aber schwierig sei, gelte es diese besonders gut zu prüfen, zumal es sich auch um eine Investition im Sinne der Strategie zur Werterhaltung der wichtigen Gebäudesubstanz handle.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Die folgende Präsentation beinhalte einen Überblick über beide Schulhäuser gleichermaßen betreffende Punkte sowie Erklärungen zu Punkten, die die einzelnen Schulhäuser betreffen und liefere Antworten auf bereits im Vorfeld gestellte Fragen. Aus systematischen Gründen müsse im Endeffekt aber über zwei Einzelgeschäfte abgestimmt werden.

stadtlängenthal

Schulzentrum Kreuzfeld
Projektiertung; Vorlage an den Stadtrat vom 23.09.2009

Sanierung 1. Etappe	Sanierung 2. Etappe
K4: Schulgebäude Schulhausstrasse 19 K1: Schulgebäude Turnhallenstrasse 20 Musikschule, Turnhallenstrasse 22	K3: Schulgebäude, Krippenstrasse 15 K2: Schulgebäude Krippenstrasse 17 K1: Hauswirtschaftsschule / Schülertagesstätte, Turnhallenstrasse 18 Regionalbibliothek/Musikschule, Turnhallenstr. 22 Erneuerung der Heizzentrale, Turnhallenstr. 20

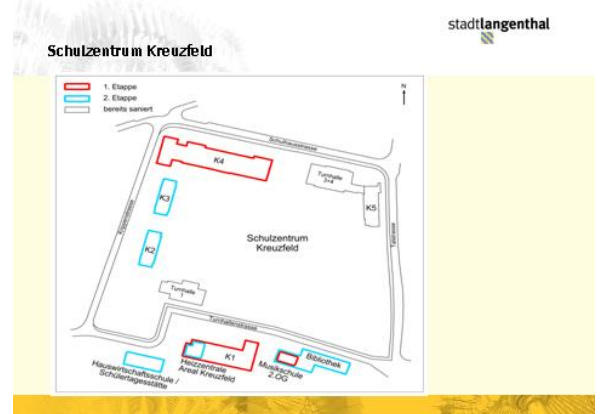
Der Antrag sei abgeändert worden, indem die Musikschule (Turnhallenstrasse 22) aus der Etappe 1 herausgenommen worden sei. Dies nicht zuletzt wegen den Diskussionen, dass allenfalls sogar ein Transfer der Musikschule in das Mühleareal möglich wäre. Die diesbezüglichen Debatten seien nach wie vor am Laufen.



Der Grundstein zu den heute vorliegenden Projekten und Anträgen sei wie bereits erwähnt vom Stadtrat am 23. September 2009 gelegt worden. Damals sei eine Sanierung in zwei Etappen vorgeschlagen worden.

Aus der Optik, dass in der Musikschule gewisse Defizite festgestellt worden seien, sei damals auch die Sanierung der Musikschule in der ersten Etappe vorgeschlagen worden.

Der übrige Teil, insbesondere derjenige der Heizzentrale sei in einer späteren Etappe an die Hand zu nehmen.





Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

stadtlängenthal

Schulzentrum Kreuzfeld
Übersicht der Gesamtsanierung

Sanierung 1. Etappe	Sanierung 2. Etappe
K4: Schulgebäude Schulhausstrasse 19 K1: Schulgebäude Turnhallenstrasse 20 Beschluss des Stadtrats vom 23.09.2009: • Rahmenkredit für K1 und K4 (ohne Musikschule) • Projekt mit Kostenvoranschlag • inkl. externer Projektmanager • Fr. 850'000.-	K3: Schulgebäude, Krippenstrasse 15 K2: Schulgebäude Krippenstrasse 17 K1: Hauswirtschaftsschule / Schülertagesstätte, Turnhallenstrasse 18 Regionalbibliothek/Musikschule, Turnhallenstr. 22 Erneuerung der Heizzentrale, Turnhallenstr. 20

Die Projektanforderungen seien vielseitig und sollen grundsätzlich eine flexible Nutzung der Räume gewährleisten, wie das bereits von den Vorfahren erreicht worden sei. Allerdings gebe es neue Voraussetzungen und Anforderungen an gewisse Spezialräume (Physik, Werkräume, Gruppenräume etc.) zu erfüllen.

Bei der Komfortlüftung gehe es um die Gewährleistung lufthygienischer Voraussetzungen und auch darum, bauphysikalischen Risiken begegnen zu können.

stadtlängenthal

Pädagogische Anforderungen
Schulgebäude Kreuzfeld 1

▪ Lehrplananforderungen und Vorgaben ERZ - Informatik-Ausstattung: EDV-Verkabelungen und Dosen (ict4kids), zusätzlicher Informatikraum - 3 Gruppenräume für Spezialunterricht = individualisierender Unterricht - Behindertentoilette, Lift, Rampe = SuS mit besonderen Bedürfnissen - Transparente Gruppenarbeitsräume = erweiterte Lehrformen ▪ Infrastruktur bietet geeignete Lernvoraussetzungen ▪ Optimierte Unterrichtstechnik

Der Stadtrat habe somit am 23. September 2009 einen Rahmenkredit für das K1 und das K4 mit einem Projekt und einem Kostenvoranschlag beschlossen.

Die Sanierung der Heizungsanlage sei nicht Gegenstand des vorliegenden Sanierungsauftrages und werde zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

stadtlängenthal

Projektanforderungen

▪ Eine flexible Nutzung der Räume ▪ Betriebliche und pädagogische Aspekte ▪ Breites Spannungsfeld: MINERGIE®-Standard und denkmalpflegerische Aspekte ▪ Behindertengerechtigkeit ▪ Erdbbensicherheit ▪ Der Schulbetrieb während den Sanierungen (Provisorien) ▪ Komfortlüftung (=technischer Begriff): - lufthygienische Gründe und Verminderung von bauphysikalischen Risiken

Informatik-Ausstattung: Im Schulgebäude K1 bestehe in Unterrichtsräumen keine Verkabelung für die EDV-Anlage. Dabei stelle sich die Frage, ob das heute zum Standard gehöre oder nicht. Wer im Schulzimmer einen Computer anschliessen wolle, brauche nebst einer Steckdose für Strom auch eine entsprechende Anschlussmöglichkeit. Demgemäss sei es heute fast selbsterklärend, dass die Vernetzungen der Gebäude mittels EDV-Verkabelung zum Grundauftrag gehöre.

Mit den dargestellten Infrastrukturanpassungen sollen letztendlich die geeigneten Lernvoraussetzungen geschaffen werden können, um den Lehr-auftrag auch künftig optimal ausüben zu können.



Die Situation im K4 sei ähnlich wie im K1.

Speziell erwähnenswert sei, dass in den Spezialräumlichkeiten (Labor, Werken etc.) 50-jährige Einrichtungen ersetzt werden.

Als weitere Spezialität gegenüber dem K1 sei der Einbau von Spind-Schränken, weil im K1 die Schülerinnen und Schüler in Klassenzimmer aufgeteilt seien und somit über Aufbewahrungsmöglichkeiten verfügen, wogegen die Schülerinnen und Schüler im K4 (Sekundarschule) - insbesondere wegen den Spezialräumlichkeiten - von Schulzimmer zu Schulzimmer wechseln müssen.

Was die pädagogischen Anforderungen betreffe, so seien in beiden Schulgebäuden Singsäle und Musikräume mit entsprechender multifunktionaler Ausrüstung vorgesehen.

stadtl**ang**enthal

Übersicht Sanierungen seit 1930
Schulgebäude Kreuzfeld 1

1929/30	Gebäudeerstellung (damals Primarschulhaus IV)
1970/71	Innere Umbauten; Renovation der Gänge und Treppenhäuser
1977/78	Umgestalten der Hauswirtschafts-Schulküche im UG
1985	Dachsanierung sowie Fassaden-Teilrenovation
1991	Renovation der Hauswartwohnung
1992	Instandstellen der WC-Anlagen im 2. OG
1996	Lehrerzimmerausbau
2000	Instandstellen der WC-Anlagen im UG – 1. OG
2003	Sanierung und Ausbau Untergeschoss
2006	Sanierung Schulküche
2007	Neues Schulmobiliar
2008	Ausführung von Brandschutzmassnahmen
2009	Um- und Ausbau Besprechungsraum und Sekretariat im 2. OG

stadtl**ang**enthal

Pädagogische Anforderungen
Schulgebäude Kreuzfeld 4

- **Lehrplananforderungen und Vorgaben ERZ**
 - Neue Labor- und Werken-Infrastruktur ersetzt 50-jährige Einrichtung
 - Informatik-Ausstattung: EDV-Verkabelungen und Dosen (ict4kids)
 - Behindertentoiletten, Lift = SuS mit besonderen Bedürfnissen
 - 2 zusätzl. Gruppenarbeitsräume hinter Glas = erweiterte Lehrformen
- **Gute Lernvoraussetzungen und Identifikation** statt Vandalismus
 - Lehrpersonen sind stationär, Schülerinnen und Schüler wandern
 - Zimmer sind durch Lehrpersonen fachspezifisch geprägt
 - Korridore: Errichtung von 450 Spind-Schränken für SuS
 - Klassenzimmer erhalten Einbauschränke (für Lp, SuS), etc.
- **Multifunktionalität, optimierte Unterrichtstechnik und Sicherheit**
 - Singsaal, Musikräume, Werkräume

stadtl**ang**enthal

Übersicht Sanierungen und Erweiterungen seit 1877
Schulgebäude Kreuzfeld 4

1876/1877	Baujahr Mittelteil
1930	Baujahr Westanbau
1933	Baujahr Ostanbau
1934	Mittelteil begehbares Flachdach
1939	Sternwarteaufbau Mittelteil
1960/1961	Anbau Westflügel
1970	Einbau Sprachlabor
1972-1974	Gesamtrenovation (ohne Westanbau)
1985	Renovation Westanbau
1991/1992	Innenrenovation/neue Fenster/Rollstuhlrampe
1997	Umgestaltung Pausenplatz
2007	Sanierung und Ausbau Lehrer- und Schülergruppenarbeitsräume
2009	Brandschutzmassnahmen (Einbau Brandabschlüsse)
2010	Neues Schulmobiliar

Vor Allem in neuerer Zeit seien immer wieder nur kleinere "Sachen" (Sanierung Untergeschoss, Sanierung Schulküche, Ausführung von Brandschutzmassnahmen etc.) ausgeführt worden.

Der Bau des K1 sei in den Jahren 1919/1930 entstanden. Beim K4 dagegen handle es sich eigentlich um einen Zusammenbau von mehreren Schulhäusern in verschiedenen Etappen (Mittelteil, West- und Ostanbau), was in Bezug auf die Erdbebensicherheit zum Tragen komme. Der neueste Anbau (Westflügel) sei 1960/1961 erfolgt. Seit dieser Zeit seien auch an diesem Schulgebäude relativ wenig Unterhalts- und Sanierungsarbeiten ausgeführt worden.

Seit dem Jahre 2006 gebe es auch in der Schweiz klare Vorschriften, wonach öffentliche Gebäude auf ihre Erdbebensicherheit hin überprüft werden müssen und gewisse SIA-Normen zu erfüllen haben. Die Prüfung sei von Experten vorgenommen worden.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Erfreulich sei, dass das K1 in einer solch guten Qualität gebaut wurde, so dass in Bezug auf die Erdbbensicherheit eigentlich gar nichts unternommen werden müsse.

Weniger erfreulich sei dagegen, dass die Schnittstellen (Anbauten 1, 2, 3, 4) des K4 den SIA-Normen nicht genügen und dementsprechend rund Fr. 1,2 Mio. für die Erdbbensicherheit investiert werden müssen.

Gebäuderenovationen wie im vorliegenden gesamtheitlichen Umfang würden solche Abklärungen sowie deren Erfüllung bedingen.

Schnittstellen zum Projekt „ict4kids“

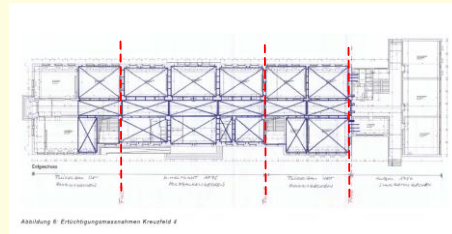
«ict4kids»	Gesamt-sanierungen K1 + K4	Konsequenz
Ja	Ja	Der Betrag von Fr. 420'000.- (K1) bzw. Fr. 500'000.- (K4) wird im Rahmenkredit des Projekts «ict4kids» nicht ausgelöst.
Ja	Nein	Mit dem Rahmenkredit des Projekts «ict4kids» kann das Konzept auch in den Schulgebäuden Kreuzfeld 1 und 4 umgesetzt werden.
Nein	Ja	Mit den in den Sanierungsprojekten reservierten Beträgen von Fr. 420'000.- (K1) bzw. Fr. 500'000.- (K4) können im Rahmen der Gesamt-sanierungen die notwendigen Schwachstrominstallationen ausgeführt werden.
Nein	Nein	-

Wenn der vorliegenden Gesamt-sanierung vom Stadtrat als auch vom Volk zugestimmt werde, werde die ict4kids-Vorlage um knapp Fr. 1 Mio. (Fr. 420'000.00 K1; Fr. 500'000.00 K4) entlastet, weil diese Kosten in der ict4kids-Vorlage auch einberechnet worden seien. Da es sich um unabhängige Vorlagen handle, habe die Einberechnung bei der vorliegende Gesamt-sanierung als auch bei der ict4kids-Vorlage vorgenommen werden müssen, um auf Eventualfälle (Zustimmung oder Ablehnung der einen oder anderen Vorlage) reagieren zu können.

Die Schulraumentwicklungsthematik werde momentan von einer Begleitgruppe - worin alle Stadtratsfraktionen vertreten seien - bearbeitet. Zur Schulraumentwicklung seien auch schon Befragungen durchgeführt worden, an denen sich das Parlament direkt beteiligten können und worauf der Entscheid zum Szenario "Pragmatismus" basiere.

Erdbbensicherheit

Konzeptionelle und konstruktive Beurteilung



Kosten für Massnahmen betr. Erdbbensicherheit K4:

Fr. 1.2 Mio

K1 entspricht bereits den geltenden Normen

Pro Memoria ein Hinweis auf die Schnittstellen zum Projekt ict4kids, dessen Beratung an der Stadtratssitzung vom 28. Februar 2011 unterbrochen worden sei.

Wie bereits am 28. Februar 2011 aufgezeigt, seien in den K1- und K4-Vorlagen die Infrastrukturmassnahmen des ict4kids-Projektes enthalten. Dies aus der Überlegung heraus, dass diese Infrastruktur zur Grundausstattung der Gebäude gehöre.

Schnittstellen

zur übergeordneten Schulraumentwicklung

- Zurzeit wird die letzte Phase der übergeordneten Schulraumentwicklung erarbeitet (Bis in den Sommer 2011).
- Inhalt dieser Phase ist die Erarbeitung eines Umsetzungsplans des Szenario «Pragmatismus», welches vorsieht den Standort Kreuzfeld als Primar- und Oberstufenstandort zu stärken.
- Sämtliche vorgeschlagene Sanierungsmassnahmen unterstützen diesen strategischen Ansatz.
- Die Gewährleistung, dass auch weiterhin keine zukünftige Entwicklungen verbaut werden, wird durch einen regelmässigen gegenseitigen Informationsaustausch und durch den engen Einbezug der Schulleitungen sichergestellt.



Wichtig sei, dass die beiden vorliegenden Projekte mit dem Gesamtkonzept "übergeordnete Schulraumentwicklung" im Einklang stehen. Rein von der personellen Besetzung her habe Langenthal diesbezüglich sicher gute Voraussetzungen, da der externe Projektmanager für das K1 und das K4 und der externe Projektleiter für die Schulraumentwicklung in der Person von Herrn Cédric Perrenoud, der Basler & Hofmann AG, identisch sei. Damit sei gewährleistet, dass nichts gemacht werde, was nicht mit der übergeordneten Schulraumentwicklung kompatibel sei. Mit den vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen werde der strategische Ansatz "Pragmatismus" unterstützt und sie gewährleisten auch, dass künftige Entwicklungen nicht verbaut werden.



Momentan seien die Schulgebäude K1 als auch K4 nur über Treppen erreichbar, was den gesetzlichen Anforderungen bezüglich der Zugänglichkeit für Behinderte (Behindertengerechtigkeit) nicht entspreche.



Plan Sanierungen

hauptsächliche Massnahmen:	
- Unterrichtsräume	- neue Holzfenster, 3-fach Isolierverglasung*
- Lifteinbau	- Wärmedämmungen
- Sanitärinstallationen/Behindertentoilette	- Kontrollierte Lüftung
- neue Elektroinstallationen + EDV Verkabel.	- neue Beleuchtung
	- Oberflächenerneuerungen*
	- Schallschutzmassnahmen

Im K1 sei der Lift auf der westlichen Seite geplant. In der Projektoptimierung müsse man sich noch mit der Grundsatzfrage auseinandersetzen, ob vom Parkplatz aus, die erste Ebene (4 Treppenstufen) direkt per Lift müsse erreicht werden können, oder ob der Lifteingang ab der Hochparterreebene ausreichend sei. Grundsätzlich wären beide Massnahmen denkbar. In der Vorlage K1 sei die Erreichbarkeit ab der Hochparterreebene berücksichtigt, was allerdings bedinge, dass für die 4 Stufen zur ersten Ebene ein Treppenlift eingebaut werden müsste. Die Variante Lift ab Parkplatz habe den Nachteil, dass andere räumliche Möglichkeiten verloren gehen. In der Feinplanung werde man sich diesen Varianten nochmals annehmen.

Die neuen Fenster (Holz-Rahmen mit 3-fach Isolierverglasung) habe Diskussionen und Fragen ausgelöst, weshalb die Wahl nicht auf Metall-Holz-Rahmen gefallen sei, da diese doch weniger unterhaltsintensiv seien. Obwohl das Interesse der Denkmalpflege in diesem Punkt eine gewisse Bedeutung habe, basiere der Entscheid zu Holzrahmenfenstern auch auf ökonomischen Überlegungen. Weitere Informationen diesen Punkt betreffend, liefere er am Schluss seiner Stellungnahme.



Wichtig sei die 3-fach-Isolierverglasung, womit ein wesentlich besserer Wärmedämmeffekt erzielt werde, als mit den heutigen Fenstern.

Mit den Wärmedämmungen generell (Holzfenster und übrige Massnahmen) soll die Basis schaffen werden, um mit den Gebäuden in einer Gesamtlösung am Schluss und unter Einbezug der Wärmeerzeugung den MINERGIE®-Standard zu erreichen. Mit dem heute vorliegenden Vorschlag werden die Voraussetzungen für dieses Ziel geschaffen.

Bei den Oberflächenenerneuerungen handle es sich um Putzenerneuerungen bis hin zu Malereien. Im K1 seien interessante Rückschlüsse auf das Farbkonzept gezogen worden, da es dort gewisse Reliefmalereien gebe, die auch in Zukunft erhalten werden sollten.

Die hauptsächlichen Sanierungsmassnahmen treffen auch auf das K4 zu. Auch dort gehe es um die Unterrichtsräume, wobei der Schwerpunkt bei den Unterrichtsräumen im K4 auf den Spezialräumen liege, weil dort die Ansprüche rein vom Pädagogischen her auf diese fokussiert seien. Der Lift werde nicht ins Gebäude integriert, weil diesbezüglich keine Lösung gefunden worden sei. Im Treppenhaus des Westflügels sei ein Aussenlift bis in den 3. Stock vorgesehen. In der Mitte gebe es aber noch ein weiteres Stockwerk mit der Sternwarte oben drauf. Diesbezüglich habe ein Kompromiss in Absprache mit den zuständigen Behindertenorganisationen getroffen werden müssen, die dem Konzept die Behindertengerechtigkeit zugesprochen haben. Die normalen Unterrichtsräume seien mittels diesem Lift erschlossen. Im K4 seien zwei Behindertentoiletten zu bauen (im Erdgeschoss und auf der Etage des Singsaals). Auch dort werden die Sanitärinstallationen ersetzt. Wie bereits erwähnt, sei die Erdbebensicherheit im K4 ein besonderes Thema.

MINERGIE® sei eine Messlatte bzw. ein Ziel, das baukastenmässig (Stück für Stück) erreicht werden könne, indem am Schluss eine gewisse Punktzahl vorhanden sein müsse.

Im Vorfeld sei abgeklärt und im Stadtrat auch entsprechend informiert worden, dass städtische Gebäude nicht partout im MINERGIE-Standard saniert werden müssen. Die vorgängige Prüfung dieser Frage habe ergeben, dass der MINERGIE®-Standard für die Kreuzfeldschulanlagen möglich sei.

stadtlangenthal

MINERGIE gibt das Ziel vor...
...der Weg ist frei

leistungsfähige Wärmedämmung luftdichte Gebäudehülle kontrollierte Lüftung effiziente Haustechnik sommerlicher Wärmeschutz

Zusatzanforderung Beleuchtung

stadtlangenthal

Das Konzept für K1 und K4
Erneuerbare Energie, Haustechnik und wo möglich Dämmen

1. Gebäudehülle
im Spannungsfeld von Denkmalpflege, Energie, Bauphysik und Wirtschaftlichkeit; Dach, Fenster, punktuell Wände und UG; Kompaktheit hilft!

2. Lüftung mit Wärmerückgewinnung v.a. aus lufthygienischer Sicht ist Teil des bauphysikalischen Konzeptes

3. Beleuchtung und Warmwasserversorgung nach Stand der Technik erneuern

4. Wärmeerzeugung ist nicht Teil des Projektes, jedoch Teil des Energiekonzeptes (Holz mit Gasspitzendeckung - oder gleichwertig)

Wie eingangs erwähnt sei die Wärmeerzeugung nicht Teil des Projektes und auch nicht Gegenstand des vom Stadtrat erteilten Auftrages. Die Wärmeerzeugung sei jedoch ein Teil des Energiekonzeptes. In diesem Zusammenhang müsse allenfalls eine Holz/Gas-Technikheizung in Betracht gezogen werden. Es gebe aber eine grosse Palette an weiteren Möglichkeiten: Sonnenkollektoren, Erdsonden etc., wobei Erdsonden am Standort Kreuzfeld - wie an den meisten Orten in Langenthal - aber nicht zulässig seien.

Die heutigen Vorlagen zum K1 und K4 lassen betreffend die Wärmeerzeugung alle Optionen offen!



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

stadtlängenthal

Fazit



Das Projekt ist ein Gesamtkonzept mit gegenseitigen Abhängigkeiten

Die energetischen Massnahmen sind wirtschaftlich und kulturell (Denkmalpflege) abgestimmt

Die Investitionen in die Lüftung verbessern vorwiegend die Luftqualität in den Schulräumen und sind Teil des bauphysikalischen Konzepts

Der MINERGIE Modernisierungsstandard ist mittelfristig (Wärmeerzeugung) erreichbar



stadtlängenthal

Fazit



- Heizwärmeverluste - 50%
- Stromverbrauch Beleuchtung - 33%

Wirtschaftlichkeitsbeurteilung der Massnahmen

	K1	K4
Gebäudehülle	++ 532 > 234 MJ/m2 - Fr. 16'000.- / a	+/- 392 > 219 MJ/m2 + Fr. 18'000.- / a
Lüftung	Fr. 37'000.- / a	Fr. 58'000.- / a
Beleuchtung	- Fr. 6'000.- / a	- Fr. 10'000.- / a



Mit der Investition in die Lüftung werde vorwiegend die Luftqualität verbessert. In diesem Zusammenhang verweise er auf den Zeitungsartikel "D'REGION vom 22. März 2011 (Wochenzeitung für die Stadt und Land Burgdorf), unter der Headline *"Frischer Wind im Lindenfeld"*, wonach beim Schulhausneubau in Burgdorf die mechanische Lüftung im letzten Moment aus Kostengründen gekippt worden sei. *"Da geht einem buchstäblich die Luft aus! Die Rede ist vom Singzimmer des Lindenfeldschulhauses. Die Erfahrungen im Neubau zeigen, dass eine mechanische Lüftung notwendig ist. ..."* In Burgdorf werde nun versucht, die Lüftung nachzurüsten.

Mit den Sanierungsmassnahmen lasse sich der Heizwärmeverlust in beiden Gebäuden in etwa halbieren. Bei einer Energiepreisannahme pro Kilowattstunde von Fr. 0.10 schlage dies wirtschaftliche betrachtet zu Buche, wobei sich die Situation aufgrund von schwankenden Energiepreisen auch ändern könne. Es gelte sich die Frage zu stellen, ob die Heizwärmeverluste nachhaltig reduziert werden sollen oder nicht, was entsprechende Konsequenzen habe.

Die Lüftung verursache zwar Kosten und der Effekt betreffend Energieeinsparung sei nicht sehr hoch, aber in Anbetracht der Situation in Burgdorf, wäre eine Nachinstallation wohl massiv teurer. In diesem Bereich müsse man sich auf den Rat der Fachleute verlassen.

stadtlängenthal

Umsetzungsplanung / Provisorien
Meilensteine

2012	2013	2014
Ausführung Gesamtsanierung Schulgebäude K1		Ausführung Gesamtsanierung Schulgebäude K4
Baubeginn: Juni 2012 Bauende: März 2013		Baubeginn: Juni 2013 Bauende: Juli 2014

Wenn den Vorlagen heute vom Stadtrat und am 14./15. Mai 2001 vom Souverän zugestimmt werde, erfolge die Submittierung der Ausführungen. Auf der Projektleitungsebene sei die Submittierung - unter dem Vorbehalt der nötigen Beschlüsse - bereits erfolgt. Die Projektbegleitung erfolge durch das gleiche Büro, das bereits die Vorbereitungsarbeiten geleistet habe.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Der Betrag von rund Fr. 800'000.00 für Provisorien sei vielen ein Dorn im Auge und löse die Frage aus, ob sich dafür keine andere Lösung anbiete. Leider bestehe das Problem, dass bei der Aushöhlung eines Gebäudes darin nicht gleichzeitig Schulunterricht erteilt werden könne, womit Ersatzraum geschaffen werden müsse. Die vorgeschlagene Lösung bestehe darin, auf dem Platz vor dem K1- und dem K3-Schulhaus Container aufzustellen und diese entsprechend zu erschliessen.

Gesamtsanierung Kreuzfeld K1 und K4 Provisorien

stadtlängenthal



Provisorien

10 Klassenzimmer in 5 Containern
1 WC Container

Kosten: K1 Fr. 404'000.-
K4 Fr. 405'000.-

Kosten sind im Kostenvoranschlag enthalten.

Investitionsplan

Investitionsplan 2011-2015 / Finanzierungsart / Tragbarkeit

stadtlängenthal

Projekte / Anlagen Beträge in tausend Fr.	Planjahre					Subtotal	Rest	Gesamt- total
	2011	2012	2013	2014	2015	2011 – 2015	Folge- jahre	
4.01.1 SZ Kreuzfeld K1: Schul- und Wohngeb. K4: Schulgebäude SZ Kreuzfeld: „ict4kids“, (baul. Massnahmen)	1'665	4'215	3'185	5'785	1'150	16'000	3'000	19'000

- Die Sanierungsprojekte der Schulgebäude K1+K4, mit Kosten von total brutto Fr. 19.1 Mio, sind im Investitionsplan 2011-2015, "Hochbau" Ziffer 4.01.1 mit Fr. 19 Mio enthalten.
- Gemäss Finanzierungsnachweise vom 31.12.2010 / 10.01.2011 des Finanzamtes werden die zur Finanzierung dieses Projekts erforderlichen Mittel durch eigene Mittel finanziert.
- Die Tragbarkeit ist im Rahmen der Finanzplanung 2011 - 2015 nachgewiesen.

In der Investitionsplanung 2011-2015 seien gesamthaft Fr. 19,0 Mio. eingesetzt.

Die Kosten der Projektierung bzw. die Höhe des Kreditantrages entsprechen der Planung.

Baukosten

Schulgebäude Kreuzfeld 1

stadtlängenthal

Total Anlagekosten gemäss Kostenzusammenstellung	Fr.	7'100'000.00
Abzüglich Beiträge Dritter (Förderbeitrag Gebäudeprogramm)	Fr.	- 50'000.00
Total Nettobelastung der Stadt Längenthal	Fr.	7'050'000.00

Die für die Umsetzung des "ict4kids"-Projekts notwendigen Bau- und Elektromassnahmen (Sanierung Hauswartwohnung, Informatikräume und Starkstrom, inkl. Planung) betragen im Schulhaus K1 total Fr. 420'000.00. Bei Annahme der vorliegenden Gesamtsanierung K1 durch die Stimmberechtigten wird der Betrag von Fr. 420'000.00 im Projekt "ict4kids" nicht ausgelöst.

Baukosten

Schulgebäude Kreuzfeld 4

stadtlängenthal

Total Anlagekosten gemäss Kostenzusammenstellung	Fr.	12'000'000.00
Abzüglich Beiträge Dritter (Förderbeitrag Gebäudeprogramm)	Fr.	- 120'000.00
Total Nettobelastung der Stadt Längenthal	Fr.	11'880'000.00

Die für die Umsetzung des "ict4kids"-Projekts notwendigen Bau- und Elektromassnahmen (Sanierung Informatikräume und Starkstrom, inkl. Planung) betragen im Schulhaus K4 total Fr. 500'000.00. Bei Annahme der vorliegenden Gesamtsanierung K4 durch die Stimmberechtigten wird der Betrag von Fr. 500'000.00 im Projekt "ict4kids" nicht ausgelöst.

Der Förderbeitrag Gebäudeprogramm für das K1 betrage Fr. 50'000, der für das K4 Fr. 120'000.00. Dieser kleine Beitrag könnte dazu verleiten, alles und überall sanieren zu wollen, um den Förderbeitrag Gebäudeprogramm zu erhalten. Per Mail habe das zuständige Bundesamt aber informiert, dass die Förderbeiträge nur noch etwa bis zu Hälfte der erwarteten Beträge ausgerichtet werden können, weil dermassen viele Gesuche eingereicht worden seien, dass deren Finanzierung nicht sichergestellt werden könne. Diesen Umstand gelte es zur Kenntnis zu nehmen.



Im Rahmen von Beschlüssen sei von Bruttobeträgen die Rede. Insgesamt handle es sich um rund Fr. 19,0 Mio. (K4 = Fr. 11,88 Mio.; K1 = Fr. 7,05 Mio.). Darin nicht eingerechnet seien allenfalls zu erwartende Beiträge der Denkmalpflege.

Antworten auf im Vorfeld zur Sitzung gestellte Fragen:

Holzfenster

stadtlängenthal

Kostenbeispiel Fenster Schulgebäude K1:		
Lebenserwartung gemäss Tabelle Mieterverband	Holzfenster 25 Jahre	Holz-Metallfenster 25 Jahre
- Erstellungskosten (Holz-Metall ca. + 30 %)	Fr. 684'000.00	Fr. 890'000.00
- Mehrkosten Unterhalt aussen in 25 J. (2 Anstr., 475m2)	Fr. 100'000.00	Fr. 0.00
Total Kosten Erstellung und Mehrkosten Unterhalt	Fr. 784'000.00	Fr. 890'000.00
Total Mehrkosten bei Fenster in Holz-Metall während 25 Jahren	Fr. 106'000.00	
(Beitrag Denkmalpflege nicht berücksichtigt)		

Die **Fensterthematik** habe einige Diskussionen und Fragen ausgelöst wie:

- Werden Holzfenster gewählt, weil die Denkmalpflege dies so wünscht?
- Könnten nicht Holz-Metall-Fenster eingesetzt werden (witterungsbeständiger)?

(Preis für die Holzfenster = Fr. 486'000.00 gemäss Kostenvoranschlag für das K1)

Der Unterschied von 30% bzw. rund Fr. 200'000.00 löse Fragen nach der Verhältnismässigkeit aus. Es gelte sich wirklich zu überlegen, ob Mehrinvestitionen von Fr. 200'000.00 für das K1 sowie allenfalls rund Fr. 200'000.00 für das K4 getätigt werden sollen. Zudem sei der Aspekt der Denkmalpflege zu beachten, da mit einer Holz-Metall-Aussensicht der Reliefcharakter eines Fensters nicht gleich dargestellt werden könne, wie mit einer Holzkonstruktion. Wenn eine Lösung mit der Denkmalpflege zu Stande kommen soll und dabei allenfalls noch Beiträge abgeholt werden wolle, müsse dieser Punkt berücksichtigt werden.

Die Darstellung beantworte folgende Fragen:

- Was ist heute überhaupt an der Heizzentrale angeschlossen?
- Seit wann ist die Heizanlage in Betrieb?

Die Heizanlage funktioniere optimal und entspreche den geltenden Vorschriften. Es gelte sich zu überlegen, ob eine funktionierende Heizungsanlage herausgerissen und ersetzt werden soll oder nicht.

Wärmeerzeugung Heizzentrale

stadtlängenthal

• An der zentralen Heizanlage sind folgende Gebäude angeschlossen: Schulgebäude K1 / K2 / K3 / K4 / K5 Turnhallen 1 / 3+4 / 3-fach Sporthalle Hauswirtschaftsschule und Schülertagesstätte Musikschule, Bibliothek • Die zwei Brenner der Heizungsanlage (Leistung je 935kW) stammen aus dem Jahr 1992. • Brenner haben gemäss der Tabelle des Mieterverbands eine Lebenserwartung von 20 Jahre. Die bestehende Heizungsanlage funktioniert heute optimal und erfüllt die gesetzlichen Grenzwerte. • Die Projektierung einer neuen Heizzentrale ist Teil der Etappe 2. • Die Vorlagen K1 und K4 bilden kein Präjudiz, was die Erneuerung der Wärmeerzeugung betrifft!! • Zum Erreichen des Minergiestandards im Kreuzfeld müsste eine Umstellung auf erneuerbare Energieträger erfolgen.

- Ist die Installation einer Solaranlage auf dem Dach geprüft worden?

Die Vorlagen K1 und K4 bilden kein Präjudiz, was die Erneuerung der Wärmeerzeugung betreffe. Dieser Punkt sei nicht Bestandteil des Prüfungsauftrages gewesen. Dementsprechend sei diese Prüfung auch noch nicht erfolgt. Der Prüfungsauftrag hätte um diesen Bestandteil erweitert werden müssen. Ausserdem werde an den Dächern ja auch gar nichts gemacht. Wenn die Heizzentrale später erneuert werde, werde die Variante mit Solarkombination absolut möglich sein. Das Einzige was gemäss Fachleuten gemacht werden müsse, sei die Sicherstellung einer Verbindung zwischen dem Dach und der Heizzentrale mit Vertikalschächten, die bereits vorhanden seien. Eine Solaranlage auf dem Dach liesse sich also mit der Heizzentrale verbinden.



Allerdings halte er fest, dass es nicht ganz so einfach sei, Solaranlagen zu betreiben, da dazu nebst Speichergefässen auch andere technische Teile montiert werden müssen, womit das Geschäft eine gewisse Dimension erreiche. In den Vorlagen werde nur von der internen Wärmeverteilung gesprochen, womit die Vorlagen wie bereits erwähnt kein Präjudiz darstellen und alle Optionen offen halten.

Wenn der MINERGIE®-Standard später erreicht werden wolle, brauche es eine Umstellung auf erneuerbare Energieträger. Dies allenfalls aber nicht zu 100% - weil es vielleicht gar keinen Sinn machen würde. Eventuell müsste in einer Übergangsphase trotzdem auf Gas gesetzt werden. Vielleicht könnte aber auch eine Kombination mit Solarenergie etc. zum Einsatz kommen. Auch bei der Erneuerung der Heizzentrale des Stadions Hard seien verschiedene Varianten geprüft worden. Die Entscheidung sei zu Gunsten des Energieträgers Gas gefallen, was entsprechend begründet und erklärt worden sei. Beim Alterszentrum Haslibrunnen sei eine Solaranlage ins Heizsystem integriert worden.

- *Ist Behindertengerechtigkeit im K4 gegeben, da nicht das ganze Gebäude mit einem Lift erschlossen werden kann?*

Die vorgesehenen Massnahmen würden die geltenden Anforderungen erfüllen. Die Fachstelle "Hinderisfreies Bauen" sei diesbezüglich kontaktiert worden und bestätige dies.

- *Grund für Aufhebung des Mittagsraums im K4?*

Offensichtlich sei der Mittagsraum aus betrieblichen, funktionellen und ästhetischen Gründen heute ungeeignet. Dieses fehlende Raumangebot werde mit der Einrichtung von Gruppenräumen ersetzt.

- *Bestehen Vorschriften für Gruppenräume?*

Der Kanton Bern habe Vorschriften erlassen, diese aber im Jahre 2003 als unverbindlich erklärt. Die Schulraumplanungsgruppe habe sich mit ganz bestimmten Kriterien auseinandergesetzt, die nun in die Vorlagen K1 und K4 eingeflossen seien. Es liege in der Hoheit der Gemeinde, wie man sich diesbezüglich verhalten wolle.

Angesichts der Bedeutung dieser beiden Projekte rechtfertige sich die Länge seines Vortrages. Es gehe um viel Geld aber auch um Etwas, das sorgfältig vorbereitet worden sei und das der strategischen Ausrichtung der gesamtheitlichen Vorgehensweise entspreche. In diesem Sinne müsse nach "A" nun auch "B" gesagt werden - zumal es sich bei beiden Vorlagen - auch vom finanzpolitischen Standpunkt her - um nichts Unerwartetes handle. Es gelte nun die Chance zu ergreifen ein Zeichen zu setzen. Der Stadtrat warte ja seit längerem darauf, den Investitionsteil der Stadt markant beeinflussen zu können.

B Vorberatende Behörden/Voten der Fraktionssprechenden/Allgemeine Diskussion/Antragstellung

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Nachdem doch einstündigen Referat des Stadtpräsidenten bleibe ihm kaum genug Luft um noch etwas Schlaues zu ergänzen. Der Zeitpunkt wäre günstig, die Lüftungsanlage im Saal zu aktivieren, um eine bessere Konzentration zu erreichen.

Die beiden Vorlagen zur Sanierung der Schulhäuser K1 und K4 hätten auch in der Geschäftsprüfungskommission einige und sehr wohl kritische Fragen aufgeworfen. Die beiden Bauvorhaben seien zu einem grossen Teil identisch begründet, so dass sich die Stellungnahme auf beide Vorlagen beziehe.

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich natürlich gefragt, wieso die beiden Sanierungen nicht in eine einzige Vorlage gepackt worden sind. Der Eindruck könnte nämlich entstehen, dass nach Salamtaktik verfahren werde und dass der Stimmbürger nicht mit einem grossen Kreditbegehren von über Fr. 19,0 Mio. vor den Kopf gestossen werden soll. Von Salamtaktik auszugehen wäre aber falsch, weil beide Vorlagen in sich abgeschlossene Projekte beinhalten, die auch getrennt voneinander zur Abstimmung gebracht werden können und auch getrennt voneinander behandelt werden müssen, was von der rechtlichen Vorschrift "der Einheit der Materie" verlangt werde. Eine Zusammenlegen zu einer Megavorlage wäre zwar sachlich sehr wohl denkbar, aber rechtlich nicht möglich gewesen.



Die Bemerkungen und Fragen der Geschäftsprüfungskommission hätten sich vor Allem um die Themen der Heizung und der Belüftung gedreht. Die dezentrale Wärmeerzeugungsanlage soll - gemäss den Unterlagen und den Ausführungen des Stadtpräsidenten - nicht ins ganze Sanierungsprojekt aufgenommen werden. Dies aus dem Grund, dass die bestehende Gasheizung noch ohne Beanstandungen funktioniere, womit sich eine Erneuerung vorläufig nicht aufdränge. Damit werde bewusst auf den MINERGIE®-Standard verzichtet, wie er eigentlich im ganzen Sanierungsprojekt angestrebt werde. Um diesen Standard zu erreichen, müsste die Heizung auf erneuerbare Energieträger (beispielsweise Holzpellets) umgestellt werden. Diese Begründung könne als einleuchtend erachtet werden, da eine nachträglich Umrüstung jederzeit und ohne grosse Mehrkosten möglich sein soll. Es gelte sich bei diesem Vorgehen allerdings bewusst zu sein, - dass damit auf kantonale Förderbeiträge für den MINERGIE-Standard von mindestens Fr. 100'000.00 verzichtet werde, was vom Stadtpräsidenten etwas unterschlagen worden sei. Ob dieser Beitrag auch später noch gesprochen werde, sei als sehr ungewiss einzustufen.

Die neue Lüftung sei ein wesentlicher Kostenfaktor in beiden Bauprojekten. Im K1 koste diese Fr. 680'000.00, im K4 sogar rund Fr. 1,0 Mio. Das sei sehr viel Geld und der Begriff "Komfortlüftung" könnte falsch verstanden werden. Zudem seien die erzielbaren Einsparungen äusserst bescheiden. Im Vergleich zur Sanierung der Gebäudehüllen, hätten diese Lüftungsanlagen kaum eine günstig Auswirkung auf die Energierechnung. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich aber überzeugen lassen, dass diese Lüftungsanlagen integrativer Bestandteil des MINERGIE®-Standards seien und dass sie vor Allem die Luft in den Klassenzimmern so gut erneuern, dass die Kinder deutlich weniger Konzentrationsschwierigkeiten wegen abgestandener Luft haben werden. Wenn also ein Kind während dem Unterricht einschlafen sollte, werde es definitiv nicht mehr an der schlechten Luft liegen. Sollte zudem im Klassenzimmer wegen intensivem Denken und Mitmachen eine all zu heftige Rauchentwicklung festgestellt werden, liessen sich die Fenster nach wie vor öffnen, um von aussen frische Luft zu erhalten.

Die Geschäftsprüfungskommission habe einstimmig festgestellt, dass die Millionenprojekte für die Zukunft der Stadt Langenthal und damit für den Bildungsstandort Langenthal formal korrekt vorbereitet worden seien und dass der rechtlichen Zustimmung zu Händen der Volksabstimmung am 14./15. Mai 2011 nichts im Wege stehe.

Persönlich erlaube er sich die Bemerkung, dass wenn die Sanierung der beiden Schulhäuser "schlank durchkomme", auch die nötigen Leitungen und Anschlüsse für das ict4kids-Projekt installiert werden, was nach einer gut bemessenen Bauzeit spätestens im Juli 2014 der Fall sein dürfte. Er schlage deshalb vor, bis dahin mit der Realisierung des ict4kids-Projektes zu warten, wodurch niemand grösseren Schaden nehmen würde. Auch würde damit das Projekt ict4kids deutlich - um mindestens Fr. 200'000.00 für die Übergangslösung - entlastet.

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Die vom Stadtpräsidenten ausführlich vorgestellten Geschäfte seien in den Fraktionen und verschiedenen Kommissionen studiert worden. Die SVP-Fraktion habe sich vor Ort über die Sanierungsprojekte informieren lassen und ausführlich darüber diskutiert. Die SVP-Fraktion habe genügend Grundlagen erhalten, um sich ein Bild zu verschaffen und eine Meinung zur Gesamtsanierung bilden zu können.

Die SVP-Fraktion erachte die Gesamtsanierung als nötig, weil sich die Sanierung der technischen Einrichtungen seit Jahren aufdränge. Bei der Gesamtsanierung werde das Projekt im Ganzen und nicht in Einzelteilen und somit in Bezug auf Wärmetechnik, Lüftungstechnik, Schallschutz, Rollstuhlgängigkeit, Erdbebensicherheit und Denkmalpflege zusammenhängend bedacht und studiert. Die SVP-Fraktion sei überzeugt, dass die Kosten bei einer Gesamtsanierung geringer ausfallen, als dies bei einer etappenweisen Sanierung der Fall wäre.



Die Komfortlüftung sei vom Stadtpräsidenten ausführlich erklärt worden. Mit der geplanten Komfortlüftung werde nur ein Luftaustausch mit Wärmerückgewinnung erzielt. Dies im Unterscheid zu einem Bürokomplex, der mit der Lüftung geheizt und klimatisiert werde. Da die unter Denkmalschutz stehenden Gebäude nicht "einfach" isoliert werden können, sei es dringend nötig, diese Lüftung zu installieren, damit die bestehenden Bauteile keinen Schaden nehmen. Der heute bestehende Zustand (mit den alten Fenstern) werde als sogenannte Dauerlüftung bezeichnet. Bei beiden Objekten (K1 und K4) sei die Anordnung der Lüftung im Dach optimal, da die Steigzonen nach oben und unten geführt werden können. Die Einsparung bei den Betriebskosten werde in den nächsten Jahren bei den Energiekosten sicher zum Tragen kommen. Die Tragbarkeit der Projekte sei in der Finanzplanung 2011-2015 nachgewiesen.

Die Grossväter hätten beim Bau der Schulanlage Kreuzfeld eine Weitsicht bewiesen, die man meistens nur in Grossstädten antreffe. Es gelte sich nun einen Ruck zu geben, um diese Weitsicht weiterzuführen und die Gebäude für die nächste Generation zu erhalten, damit auch künftig eine optimale Nutzung möglich sei. Die SVP-Fraktion stimme den Vorlagen (K1 und K4) einstimmig zu.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Dem Stadtbauamt und den an diesen Riesenprojekten beteiligten Gruppen (Schulraumplanung, Lehrerschaft, Werkhof etc.) gebühre Dank für die gute geleistete Arbeit bei der Aufarbeitung der Vorlagen. Mit den umfangreichen Projektdossiers und der detaillierten Erklärung des Stadtpräsidenten liegen ausführliche Entscheidungsgrundlagen vor.

Auch die EVP/glp-Fraktion begrüsse es sehr, dass nicht "scheibchenweise" vorgegangen werde, sondern dass die Brocken gemäss dem Leitbild als Ganzes angepackt werden. Auch die eingeschlagene MINERGIE-Richtung werde als gut empfunden, was für die Energiestadt Langenthal ja auch Sinn mache und eine Verpflichtung darstelle.

Auch die EVP/glp-Fraktion habe im Vorfeld der Sitzung Fragen gestellt, die teilweise vom Stadtpräsidenten bereits beantwortet worden seien. Bei den noch offenen Fragen gehe es grösstenteils um Fragen, die weder die Meinung des Stadtrates heute beeinflussen, noch einen Einfluss auf die Entscheidung der Volksabstimmung am 14./15. Mai 2011 ausüben würden. Es handle sich dabei um Sachen - wie beispielsweise die Diskussion, weshalb die Dächer nicht bereits jetzt mit einer Solaranlage (Sonnenkollektoren oder Photovoltaik) ausgerüstet werden, um einen Teil des Stromverbrauchs dafür selber produzieren zu können - die im Laufe der Planung und Ausführung durchaus noch einfließen können. Ihm persönlich sei versichert worden, dass diese Nachrüstung relativ einfach zu realisieren wäre, weil die in die Gebäude zu installierende Technik (Lüftung, Teile der Wärmetechnik) im Dach untergebracht werde, womit die vom Dach zur Technik zu führenden Leitungen relativ kurz, einfach und ohne Räume zu tangieren, gewährleistet werden könne. Sicher sollte dieser Punkt in der laufenden Planung nochmals genau angeschaut werden, so dass zumindest Leerrohre für eine spätere Nachrüstung eingezogen werden.

Auch die EVP/glp-Fraktion habe über die Holz bzw. Holz-Metall-Fenster diskutiert. Im Wissen, dass Holz-Metall-Fenster relativ teuer seien und unter Berücksichtigung der Ansprüche der Denkmalpflege, könnte eventuell auch die so genannte Variante "Holz-Flügel-Fenster" (Fenster deren Flügel aber nicht deren Rahmen mit Metall beplankt seien) gewählt werden.

Die EVP/glp-Fraktion habe auch diskutiert, ob eine frühzeitigere Einplanung des Übergangsbaus eventuell dazu hätte führen können, sich für einen Neubau zu entscheiden, um die laut Schulraumkonzept und der neuen Schulraumplanung festgestellten fehlenden Räume direkt unterbringen zu können. Der EVP/glp-Fraktion sei aber bewusst geworden, dass die schulraumbezogenen Planungen relativ gleichzeitig angelaufen seien und die heute vorliegenden Geschäfte zügig und effizient vorangetrieben worden seien, wodurch ein Neubau zur gleichen Zeit relativ undenkbar zu realisieren gewesen wäre.

Als kleiner Wermutstropfen werde erachtet, dass der MINERGIE®-Standard tatsächlich erst zusammen mit einer neuen Heizungsanlage erreicht werden könne. Es könnte bestimmt einiges an Energie eingespart werden, wenn die geplante Sanierung inklusive der Heizungsanlage - mit einer zwingend auf erneuerbarer Energie basierenden Versorgung - realisiert würde.



Betreffend Wärmepumpen weise er darauf hin, dass es nicht möglich sei Erdsonden zu verwenden, wogegen Grundwasserwärmepumpen in diesem Bereich eingesetzt werden könnten.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze die beiden Vorlagen (K1 und K4) und danke an dieser Stelle nochmals für die Erarbeitung der Projekte.

Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion: Die Gesamtsanierung des Schulhauses K1 sei mit 7,1 Mio. auch für die Stadt Langenthal ein grosses Geschäft. Die FDP/jll-Fraktion unterstütze die bauliche Sanierung um wachsenden Schaden zu vermeiden und um Energiekosten zu sparen. Das Projekt erscheine intelligent gelöst und mit einer fundierten Absprache mit den Benutzenden gut vorbereitet zu sein. Die schulpädagogisch-baulichen Anpassungen seien den Möglichkeiten entsprechend pragmatisch ausgefallen. Die FDP/jll-Fraktion unterstütze auch den Einbau der vorgeschlagenen Lüftung, um die Luftqualität in den Schulzimmern konstant halten zu können und um die Risiken der Bauphysik zu minimieren.

Die Holz-Metall-Fenster-Thematik sei auch in der FDP/jll-Fraktion besprochen worden. Er persönlich denke - ohne den diesbezüglichen Ausführungen des Stadtpräsidenten widersprechen zu wollen - wenn ein Holzfensterbauer gefragt werde, wie hoch die Mehrkosten für eine Holz-Metall-Konstruktion seien, dieser "plus 30%" zur Antwort gebe, wogegen ein im Submissionsverfahren angefragter Holz-Metall-Fensteranbieter vielleicht einen tieferen Preis angeben werde. Die FDP/jll-Fraktion bitte den Gemeinderat und das Stadtbauamt diesen Punkt noch einmal zu hinterfragen, umso mehr und nota bene das K4 bereits heute Holz-Metall-Fenster habe, welche nun also herausgerissen und mit Holzfenster ersetzt würden.

Die FDP/jll-Fraktion schliesse sich der Anregung der Bau- und Planungskommission an, die Behindertenzugänglichkeit im K1 direkt zu gestalten, wie dies auch im K4 der Fall sei, so dass die Benützung des Lifts im K1 für Betroffene nicht via Rampe dann per Treppenlift zu erfolgen habe.

Die FDP/jll-Fraktion stimme dem Geschäft - unter Anbringung der beiden Wünsche (Fenster und Lift) - zu.

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion stimme dem Vorhaben Sanierung der Kreuzfeldschulhäuser 1 und 4 einstimmig zu.

Obwohl es grundsätzlich nicht nötig wäre, noch viele Worte darüber zu verlieren, seien der SP/GL-Fraktion nach gründlichem Projektstudium noch zwei Gegebenheiten aufgefallen, die zu Bemerkungen Anlass geben:

- Das Projekt sehe vor, die Räumlichkeiten mit einer Komfortlüftung auszustatten. Die SP/GL-Fraktion sei bereit die Investition dieser Massnahme im K1 und K4 von rund Fr. 1,8 Mio. zu unterstützen. Die SP/GL-Fraktion unterstütze auch das Vorhaben, den MINERGIE®-Standard zu erreichen. Nach Ansicht der SP/GL-Fraktion sei es deshalb fraglich, weshalb weder die Installation von Photovoltaikanlagen für die Stromerzeugung noch Solarzellen für die Warmwasseraufbereitung vorgesehen sei. Es wäre schön, wenn bereits vor Baubeginn energiepolitische Weichen richtig gestellt würden. Gemäss Aussage des Stadtpräsidenten werde damit die spätere Zukunft aber nicht verbaut.
- Die Schnittstellen zum ict4kids-Projekt seien bestimmt und bekannt. Trotzdem seien zumindest in den Beleuchtungs- und Deckenplänen des K1 die Deckenbeamer nicht berücksichtigt. Anstelle von Beamern seien Wandtafelbeleuchtungen eingezeichnet. Es stelle sich nun die Frage, ob allenfalls bereits kompakte Interaktivwandtafeln vorgesehen seien, die zwar in der Anschaffung etwas teurer wären, aber vielleicht etwas einfacher installiert werden könnten.

Die Zeit bis zum Baubeginn sollte jetzt dazu genutzt werden, die Strukturen des Bauamtes zu stärken. Die Vergabekompetenz von weniger als Fr. 15'000.00 reiche nicht aus, um solche Grossprojekte effizient zu realisieren. Wo ein Stempel zur Ausführung ausreichen würde, schreiben die städtischen Verwaltungsangestellten sinnlose Berichte und Anträge, was als "Bürokratie pur" bezeichnet werden könne. Mit der Eingabe einer Motion an der nächsten Stadtratssitzung werde er oder die SP/GL-Fraktion zu diesem Thema vorstellig werden, um diesen Missstand zu beseitigen.



Die SP/GL-Fraktion hoffe, dass ihre Anliegen doch noch berücksichtigt werden können. Die SP/GL-Fraktion sei motiviert mitzuhelfen, die Bauvorhaben - die hoffentlich schweizweit als Referenz wahrgenommen werden - gut voranzubringen, wozu es aber ein paar Innovationen hinsichtlich ICT und Energiepolitik brauche.

Armin Flükiger: Wenn sich der persönliche Arbeitsplatz seit genau 36 Jahren in diese Anlage (K1) befinde - bei deren Optimierung man Schritt für Schritt mitgeholfen habe - und für die jetzt eine Gesamtsanierung in Aussicht stehe, dann komme natürlich gewisse Freude auf. Aus diesem Grund erlaube er sich als Mitglied des Stadtrates ein paar persönliche Worte anzubringen:

Der Stadtpräsident habe das ausgezeichnet vorbereitete Geschäft detailliert vorgebracht. An dieser Stelle danke er allen an der Vorbereitung Beteiligten ganz herzlich. Es gebe Bereiche, die eine Sanierung wirklich nötig haben zum Beispiel in Bezug auf den Schallschutz. In seinem Büro im K1 werde keine Musikanlage - auch keine beim Telefonbeantworter benötigt, da er seit 36 Jahren tagein tagaus vom Singsaal her musikalisch berieselt werde. Was das Gebäude selber betreffe, so seien die Fenster seit der Neuinstallation im Jahr 1929 nie gestrichen worden, womit die vorhin erwähnten Fr. 100'000.00 bereits als eingespart erachtet werden könnten. Wer zuhause im Winter versuchsweise einmal alle Fenster einen Spalt weit offenlasse und dabei versuche, die Räume so gut es geht zu heizen, um eine wollige Wärme zu erzeugen, könne sich die klimatischen Bedingungen im Winter im K1 vorstellen. Die Entscheidung, ob die Fenster aus Holzrahmen bestehen sollen oder nicht, überlasse er den Experten. Er sei schon froh, wenn die Fenster in etwa ein Jahr oder zwei Jahren dicht sein werden. Mit der Sanierung werde das K1 bestimmt nicht zu einem Luxusobjekt, wie die Heilpädagogische Tagesschule HPS, was in seinen Augen nicht möglich und auch nicht nötig sei. Die getroffenen Massnahmen seien nachhaltig. Was die Rollstuhlgängigkeit im K1 betreffe, so sei es auch ihm ein Anliegen, noch nach einer einfacheren Lösung zu suchen.

Dass eine Gebäudesanierung Geld koste, sei allen bekannt. Die Lösung, den Unterricht während der Bauphase in Containern durchzuführen, sei für ihn eine gute Lösung in Bezug auf die mögliche Flexibilität. Für ihn sei klar, dass die Container nicht zu einem fixen Bestandteil der Schulanlage werden sollen, wie dies im Falle der Pavillons sei, von denen bereits einer abgebrannt sei. Im Rahmen der Umsetzung der gesamten Schulraumplanung würden die Container die fehlenden Schulräume nicht ersetzen können.

Die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrpersonen werden es zu würdigen wissen, wenn die Anlage wieder ein Outfit bekomme, das den heutigen Anforderungen an die Infrastruktur eines Schulhauses entspreche und auch in Zukunft Wirkung zeige. Wer das Gefühl habe, dass er sich für den Bau stark mache worin er arbeite, gehe richtig. Er könne aber auch sagen, dass beim Abschluss der gesamten Sanierung Kreuzfeld seine Tätigkeit als Schulleiter nicht mehr so wahnsinnig lang dauern werde und er also auch schon an die Nachfolge denke.

Fritz Fiechter: Für die Ausführungen sowie die gute Berichterstattung danke er allen daran Beteiligten. Wie die Stadträte Robert Kummer und Armin Flükiger weise er mit Nachdruck darauf hin, dass der Lift im K1 so gelegt werden müsse, dass die Benützung ohne grosses Kabaret möglich sei. Für Nicht-Handicaperte werde überall jeder Komfort eingerichtet, wogegen Massnahmen zu Gunsten behinderter Menschen immer etwas Mühe bereiten.

Weite rege er an, die geplanten Container nicht zu mieten (Fr. 800'000.00), sondern allenfalls zu kaufen, weil das 2. Bauprojekt mit Planungsbeginn 2012 und wahrscheinlichem Bauende im Jahr 2016 bereits anstehe.

Schön wäre auch, wenn die Räume des K1 mit einem gefälligen Farbkonzept gestaltet würden. Bereits die Korridore des alten KV-Schulhauses seien von oben bis unten gleich gestaltet worden, ohne mit Farben zu spielen. Er mache beliebt, diesen Punkt zu prüfen.



Stadtpräsident Thomas Rufener: Unter Kenntnisnahme der grossen Zustimmungsbereitschaft zu den Vorlagen danke er für die konstruktiven Rückmeldungen. Die positive Haltung und die eingebrachten Wünsche seien erfreulich. Nach erfolgter Überprüfung werde diesen Wünschen (Lift K1, Container etc.) nach Möglichkeit Rechnung getragen. Auch für die vorgängig eingebrachten Fragen danke er bestens. Im Hinblick auf eine konstruktive Debatte sei dieses Vorgehen wirklich sehr positiv, um auf substantielle Fragen fundierte Antworten liefern zu können. Er möchte es nicht unterlassen seinerseits allen Beteiligten (von der pädagogischen bis zur fachtechnischen Seite inklusive den Verantwortlichen des Stadtbauamtes) für die Geschäftsvorbereitung bestens zu danken.

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass sich nebst der Berichterstattung des Stadtratspräsidenten auch die Voten der vorberatenden Behörden und die der Fraktionen - mit Ausnahme des Votums von Stadtrat Robert Kummer der FDP/Jll und der persönlichen Voten der Stadträte Armin Flükiger und Fritz Fiechter - auf beide Vorlagen beziehen. Die Detailberatung des vorliegenden Geschäftes (Traktandum Nr. 1) werde daher unter Berücksichtigung dieser ausschliesslich das K4 betreffenden Voten, identisch protokolliert, wie das Traktandum Nr. 2.

III Abstimmung:

C Abstimmung über den Beschlussesentwurf Ziffer I:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- a) Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 35 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 28. März 2011

beschliesst:

1. Das Projekt für die Gesamtsanierung des Schulgebäudes Kreuzfeld 1, Turnhallenstrasse 20 (inkl. den nötigen Massnahmen für die spätere Erreichung des MINERGIE®-Standards nach der Sanierung der zentralen Wärmeerzeugungsanlage), wird genehmigt.
2. Der Investitionskredit in der Höhe von brutto Fr. 7'100'000.00 (inkl. MWSt) wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 661.503.22 "Ausführung Gesamtsanierung K1", bewilligt. Die Beiträge Dritter sind der Investitionsrechnung, Konto Nr. 661.661.22, gut zu schreiben.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

- b) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

D Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 14./15. Mai 2011 (Beschlussesentwurf Ziffer II.):

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass zur Abstimmungsbotschaft keine Wortmeldungen vorliegen und bittet um Abgabe der Stimme zu Ziffer II. des Beschlussesentwurfs:

■ **Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 9. März 2011 (mit 37 Stimmen Ja, gegen 0 Stimmen Nein, bei 0 Enthaltungen).**



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



2. Schulzentrum Kreuzfeld 4, Schulhausstrasse 19; Gesamtsanierung Schulgebäude K4; Projektgenehmigung und Bewilligung eines Investitionskredits; Genehmigung und Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 14./15. Mai 2011

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Roland Christen legt den Ablauf der Beratung fest:

- Detailberatung: A Berichterstattung des Stadtpräsidenten Thomas Rufener, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen
- B Vorberatende Behörden/Voten der Fraktionssprechenden/Allgemeine Diskussion/Antragstellung
- Schlussabstimmung: C Abstimmung über den Beschlussesentwurf Ziffer I.
- D Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 14./15. Mai 2011 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

Die Berichterstattung des Stadtpräsidenten beziehe sich auf da vorliegende Traktandum (Nr. 2) als auch auf das vorangegangene Traktandum (Nr. 1) womit die Berichterstattung zu beiden Geschäfte identisch protokolliert werde.

A Berichterstattung des Stadtpräsidenten Thomas Rufener, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen

Stadtpräsident Thomas Rufener: Es gehe um ein relativ kitzliges Projekt. Weder als ehemaliges Mitglied des Grossen Gemeinderates (Stadtrates) noch als Gemeinderatsmitglied noch als Stadtpräsident habe er ein Projekt in dieser Grössenordnung, von dieser Bedeutung und von dieser finanziellen Konsequenz im Stadtrat zu behandeln gehabt. Es gehe um Fr. 19 Mio. und somit um ein Geschäft, welches in der vorliegenden Dimension in etwa mit der Badi-Sanierung vor rund 20 Jahren vergleichbar sei. In der Überzeugung, dem Parlament eine gute Vorlage präsentieren zu können, sei es ihm ein Anliegen, dem Geschäft mit der nötigen Sorgfalt und mit dem nötigen Respekt zu begegnen.

Es gehe um ein zentrales Projekt für den Bildungsstandort Langenthal. Wenn man bedenke, dass die Kreuzfeldschulanlagen heute gebaut werden müssten, würde dies wohl Einiges erfordern, um zu einem Entscheid und zu einem Resultat zu kommen, wie dies von den Vorfahren mit dem Bau der Kreuzfeldschulanlagen erreicht worden sei. Der damalige Entscheid sei gewiss visionär gewesen. In diesem Zusammenhang gelte es nun das von Vorfahren Geschaffene zu erhalten.

Als er kürzlich in der Schulanlage Kreuzfeld gewesen sei, habe er den Eindruck gehabt, dass die Räumlichkeiten immer noch gleich seien, wie er sie als Schüler erlebt habe. Dementsprechend und in Anbetracht der Tatsache, dass es in Langenthal eine Zeit gegeben habe, in der aus finanzpolitischen Gründen Grossvorlagen nicht zur Diskussion gestanden haben, bestehe doch grosser Nachholbedarf.

Nach dem Entscheid des Parlaments zur Sanierung der Talstrasse (ehemaliges KV-Schulgebäude), sei eine Trendwende hin zu einer klaren gesamtheitlichen und einheitlichen Renovation der Anlage Kreuzfeld eingetreten. Weil eine gesamtheitliche und einheitliche Lösung aber schwierig sei, gelte es diese besonders gut zu prüfen, zumal es sich auch um eine Investition im Sinne der Strategie zur Werterhaltung der wichtigen Gebäudesubstanz handle.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Die folgende Präsentation beinhalte einen Überblick über beide Schulhäuser gleichermassen betreffende Punkte sowie Erklärungen zu Punkten, die die einzelnen Schulhäuser betreffen und liefere Antworten auf bereits im Vorfeld gestellte Fragen. Aus systematischen Gründen müsse im Endeffekt aber über zwei Einzelgeschäfte abgestimmt werden.

stadtlängenthal

Schulzentrum Kreuzfeld
Projektiertung; Vorlage an den Stadtrat vom 23.09.2009

Sanierung 1. Etappe	Sanierung 2. Etappe
K4: Schulgebäude Schulhausstrasse 19 K1: Schulgebäude Turnhallenstrasse 20 Musikschule, Turnhallenstrasse 22	K3: Schulgebäude, Krippenstrasse 15 K2: Schulgebäude Krippenstrasse 17 K1: Hauswirtschaftsschule / Schülertagesstätte, Turnhallenstrasse 18 Regionalbibliothek/Musikschule, Turnhallenstr. 22 Erneuerung der Heizzentrale, Turnhallenstr. 20

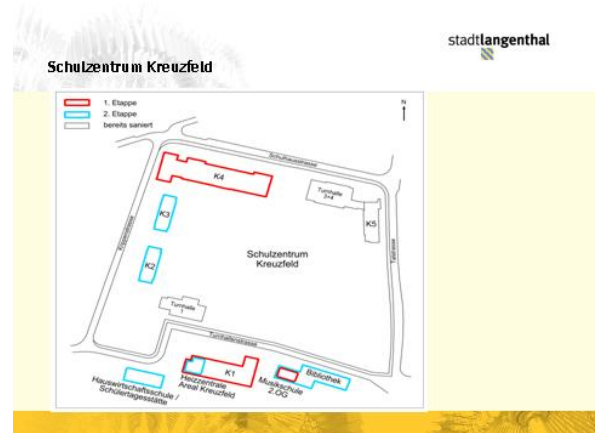
Der Antrag sei abgeändert worden, indem die Musikschule (Turnhallenstrasse 22) aus der Etappe 1 herausgenommen worden sei. Dies nicht zuletzt wegen den Diskussionen, dass allenfalls sogar ein Transfer der Musikschule in das Mühleareal möglich wäre. Die diesbezüglichen Debatten seien nach wie vor am Laufen.



Der Grundstein zu den heute vorliegenden Projekten und Anträgen sei wie bereits erwähnt vom Stadtrat am 23. September 2009 gelegt worden. Damals sei eine Sanierung in zwei Etappen vorgeschlagen worden.

Aus der Optik, dass in der Musikschule gewisse Defizite festgestellt worden seien, sei damals auch die Sanierung der Musikschule in der ersten Etappe vorgeschlagen worden.

Der übrige Teil, insbesondere derjenige der Heizzentrale sei in einer späteren Etappe an die Hand zu nehmen.





Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

stadtlängenthal

Schulzentrum Kreuzfeld
Übersicht der Gesamtsanierung

Sanierung 1. Etappe	Sanierung 2. Etappe
K4: Schulgebäude Schulhausstrasse 19 K1: Schulgebäude Turnhallenstrasse 20 Beschluss des Stadtrats vom 23.09.2009: • Rahmenkredit für K1 und K4 (ohne Musikschule) • Projekt mit Kostenvoranschlag • inkl. externer Projektmanager • Fr. 850'000.-	K3: Schulgebäude, Krippenstrasse 15 K2: Schulgebäude Krippenstrasse 17 K1: Hauswirtschaftsschule / Schülertagesstätte, Turnhallenstrasse 18 Regionalbibliothek/Musikschule, Turnhallenstr. 22 Erneuerung der Heizzentrale, Turnhallenstr. 20

Die Projektanforderungen seien vielseitig und sollen grundsätzlich eine flexible Nutzung der Räume gewährleisten, wie das bereits von den Vorfahren erreicht worden sei. Allerdings gebe es neue Voraussetzungen und Anforderungen an gewisse Spezialräume (Physik, Werkräume, Gruppenräume etc.) zu erfüllen.

Bei der Komfortlüftung gehe es um die Gewährleistung lufthygienischer Voraussetzungen und auch darum, bauphysikalischen Risiken begegnen zu können.

stadtlängenthal

Pädagogische Anforderungen
Schulgebäude Kreuzfeld 1

▪ Lehrplananforderungen und Vorgaben ERZ - Informatik-Ausstattung: EDV-Verkabelungen und Dosen (ict4kids), zusätzlicher Informatikraum - 3 Gruppenräume für Spezialunterricht = individualisierender Unterricht - Behindertentoilette, Lift, Rampe = SuS mit besonderen Bedürfnissen - Transparente Gruppenarbeitsräume = erweiterte Lehrformen ▪ Infrastruktur bietet geeignete Lernvoraussetzungen ▪ Optimierte Unterrichtstechnik

Der Stadtrat habe somit am 23. September 2009 einen Rahmenkredit für das K1 und das K4 mit einem Projekt und einem Kostenvoranschlag beschlossen.

Die Sanierung der Heizungsanlage sei nicht Gegenstand des vorliegenden Sanierungsauftrages und werde zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

stadtlängenthal

Projektanforderungen

▪ Eine flexible Nutzung der Räume ▪ Betriebliche und pädagogische Aspekte ▪ Breites Spannungsfeld: MINERGIE®-Standard und denkmalpflegerische Aspekte ▪ Behindertengerechtigkeit ▪ Erdbbensicherheit ▪ Der Schulbetrieb während den Sanierungen (Provisorien) ▪ Komfortlüftung (=technischer Begriff): - lufthygienische Gründe und Verminderung von bauphysikalischen Risiken

Informatik-Ausstattung: Im Schulgebäude K1 bestehe in Unterrichtsräumen keine Verkabelung für die EDV-Anlage. Dabei stelle sich die Frage, ob das heute zum Standard gehöre oder nicht. Wer im Schulzimmer einen Computer anschliessen wolle, brauche nebst einer Steckdose für Strom auch eine entsprechende Anschlussmöglichkeit. Demgemäss sei es heute fast selbsterklärend, dass die Vernetzungen der Gebäude mittels EDV-Verkabelung zum Grundauftrag gehöre.

Mit den dargestellten Infrastrukturanpassungen sollen letztendlich die geeigneten Lernvoraussetzungen geschaffen werden können, um den Lehr-auftrag auch künftig optimal ausüben zu können.



Die Situation im K4 sei ähnlich wie im K1.

Speziell erwähnenswert sei, dass in den Spezialräumlichkeiten (Labor, Werken etc.) 50-jährige Einrichtungen ersetzt werden.

Als weitere Spezialität gegenüber dem K1 sei der Einbau von Spind-Schränken, weil im K1 die Schülerinnen und Schüler in Klassenzimmer aufgeteilt seien und somit über Aufbewahrungsmöglichkeiten verfügen, wogegen die Schülerinnen und Schüler im K4 (Sekundarschule) - insbesondere wegen den Spezialräumlichkeiten - von Schulzimmer zu Schulzimmer wechseln müssen.

Was die pädagogischen Anforderungen betreffe, so seien in beiden Schulgebäuden Singsäle und Musikräume mit entsprechender multifunktionaler Ausrüstung vorgesehen.

Pädagogische Anforderungen Schulgebäude Kreuzfeld 4

- **Lehrplananforderungen und Vorgaben ERZ**
 - Neue Labor- und Werken-Infrastruktur ersetzt 50jährige Einrichtung
 - Informatik-Ausstattung: EDV-Verkabelungen und Dosen (ict4kids)
 - Behindertentoiletten, Lift = SuS mit besonderen Bedürfnissen
 - 2 zusätzl. Gruppenarbeitsräume hinter Glas = erweiterte Lehrformen
- **Gute Lernvoraussetzungen und Identifikation** statt Vandalismus
 - Lehrpersonen sind stationär, Schülerinnen und Schüler wandern
 - Zimmer sind durch Lehrpersonen fachspezifisch geprägt
 - Korridore: Errichtung von 450 Spind-Schränken für SuS
 - Klassenzimmer erhalten Einbauschränke (für Lp, SuS), etc.
- **Multifunktionalität, optimierte Unterrichtstechnik und Sicherheit**
 - Singsaal, Musikräume, Werkräume

Übersicht Sanierungen seit 1930 Schulgebäude Kreuzfeld 1

1929/30	Gebäudeerstellung (damals Primarschulhaus IV)
1970/71	Innere Umbauten; Renovation der Gänge und Treppenhäuser
1977/78	Umgestalten der Hauswirtschafts-Schulküche im UG
1985	Dachsanierung sowie Fassaden-Teilrenovation
1991	Renovation der Hauswartwohnung
1992	Instandstellen der WC-Anlagen im 2. OG
1996	Lehrerzimmerausbau
2000	Instandstellen der WC-Anlagen im UG – 1. OG
2003	Sanierung und Ausbau Untergeschoss
2006	Sanierung Schulküche
2007	Neues Schulmobiliar
2008	Ausführung von Brandschutzmassnahmen
2009	Um- und Ausbau Besprechungsraum und Sekretariat im 2. OG

Übersicht Sanierungen und Erweiterungen seit 1877 Schulgebäude Kreuzfeld 4

1876/1877	Baujahr Mittelteil
1930	Baujahr Westanbau
1933	Baujahr Ostanbau
1934	Mittelteil begehbares Flachdach
1939	Sternwarteaufbau Mittelteil
1960/1961	Anbau Westflügel
1970	Einbau Sprachlabor
1972-1974	Gesamtrenovation (ohne Westanbau)
1985	Renovation Westanbau
1991/1992	Innenrenovation/neue Fenster/Rollstuhlrampe
1997	Umgestaltung Pausenplatz
2007	Sanierung und Ausbau Lehrer- und Schülergruppenarbeitsräume
2009	Brandschutzmassnahmen (Einbau Brandabschlüsse)
2010	Neues Schulmobiliar

Vor Allem in neuerer Zeit seien immer wieder nur kleinere "Sachen" (Sanierung Untergeschoss, Sanierung Schulküche, Ausführung von Brandschutzmassnahmen etc.) ausgeführt worden.

Der Bau des K1 sei in den Jahren 1919/1930 entstanden. Beim K4 dagegen handle es sich eigentlich um einen Zusammenbau von mehreren Schulhäusern in verschiedenen Etappen (Mittelteil, West- und Ostanbau), was in Bezug auf die Erdbebensicherheit zum Tragen komme. Der neueste Anbau (Westflügel) sei 1960/1961 erfolgt. Seit dieser Zeit seien auch an diesem Schulgebäude relativ wenig Unterhalts- und Sanierungsarbeiten ausgeführt worden.

Seit dem Jahre 2006 gebe es auch in der Schweiz klare Vorschriften, wonach öffentliche Gebäude auf ihre Erdbebensicherheit hin überprüft werden müssen und gewisse SIA-Normen zu erfüllen haben. Die Prüfung sei von Experten vorgenommen worden.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Erfreulich sei, dass das K1 in einer solch guten Qualität gebaut wurde, so dass in Bezug auf die Erdbbensicherheit eigentlich gar nichts unternommen werden müsse.

Weniger erfreulich sei dagegen, dass die Schnittstellen (Anbauten 1, 2, 3, 4) des K4 den SIA-Normen nicht genügen und dementsprechend rund Fr. 1,2 Mio. für die Erdbbensicherheit investiert werden müssen.

Gebäuderenovationen wie im vorliegenden gesamtheitlichen Umfang würden solche Abklärungen sowie deren Erfüllung bedingen.

Schnittstellen zum Projekt „ict4kids“

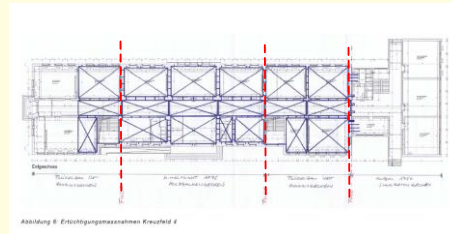
«ict4kids»	Gesamt-sanierungen K1 + K4	Konsequenz
Ja	Ja	Der Betrag von Fr. 420'000.- (K1) bzw. Fr. 500'000.- (K4) wird im Rahmenkredit des Projekts «ict4kids» nicht ausgelöst.
Ja	Nein	Mit dem Rahmenkredit des Projekts «ict4kids» kann das Konzept auch in den Schulgebäuden Kreuzfeld 1 und 4 umgesetzt werden.
Nein	Ja	Mit den in den Sanierungsprojekten reservierten Beträgen von Fr. 420'000.- (K1) bzw. Fr. 500'000.- (K4) können im Rahmen der Gesamt-sanierungen die notwendigen Schwachstrominstallationen ausgeführt werden.
Nein	Nein	-

Wenn der vorliegenden Gesamt-sanierung vom Stadtrat als auch vom Volk zugestimmt werde, werde die ict4kids-Vorlage um knapp Fr. 1 Mio. (Fr. 420'000.00 K1; Fr. 500'000.00 K4) entlastet, weil diese Kosten in der ict4kids-Vorlage auch einberechnet worden seien. Da es sich um unabhängige Vorlagen handle, habe die Einberechnung bei der vorliegende Gesamt-sanierung als auch bei der ict4kids-Vorlage vorgenommen werden müssen, um auf Eventualfälle (Zustimmung oder Ablehnung der einen oder anderen Vorlage) reagieren zu können.

Die Schulraumentwicklungsthematik werde momentan von einer Begleitgruppe - worin alle Stadtratsfraktionen vertreten seien - bearbeitet. Zur Schulraumentwicklung seien auch schon Befragungen durchgeführt worden, an denen sich das Parlament direkt habe beteiligten können und worauf der Entscheid zum Szenario "Pragmatismus" basiere.

Erdbbensicherheit

Konzeptionelle und konstruktive Beurteilung



Kosten für Massnahmen betr. Erdbbensicherheit K4:

Fr. 1.2 Mio

K1 entspricht bereits den geltenden Normen

Pro Memoria ein Hinweis auf die Schnittstellen zum Projekt ict4kids, dessen Beratung an der Stadtratssitzung vom 28. Februar 2011 unterbrochen worden sei.

Wie bereits am 28. Februar 2011 aufgezeigt, seien in den K1- und K4-Vorlagen die Infrastrukturmassnahmen des ict4kids-Projektes enthalten. Dies aus der Überlegung heraus, dass diese Infrastruktur zur Grundausstattung der Gebäude gehöre.

Schnittstellen

zur übergeordneten Schulraumentwicklung

- Zurzeit wird die letzte Phase der übergeordneten Schulraumentwicklung erarbeitet (Bis in den Sommer 2011).
- Inhalt dieser Phase ist die Erarbeitung eines Umsetzungsplans des Szenario «Pragmatismus», welches vorsieht den Standort Kreuzfeld als Primar- und Oberstufenstandort zu stärken.
- Sämtliche vorgeschlagene Sanierungsmassnahmen unterstützen diesen strategischen Ansatz.
- Die Gewährleistung, dass auch weiterhin keine zukünftige Entwicklungen verbaut werden, wird durch einen regelmässigen gegenseitigen Informationsaustausch und durch den engen Einbezug der Schulleitungen sichergestellt.



Wichtig sei, dass die beiden vorliegenden Projekte mit dem Gesamtkonzept "übergeordnete Schulraumentwicklung" im Einklang stehen. Rein von der personellen Besetzung her habe Langenthal diesbezüglich sicher gute Voraussetzungen, da der externe Projektmanager für das K1 und das K4 und der externe Projektleiter für die Schulraumentwicklung in der Person von Herrn Cédric Perrenoud, der Basler & Hofmann AG, identisch sei. Damit sei gewährleistet, dass nichts gemacht werde, was nicht mit der übergeordneten Schulraumentwicklung kompatibel sei. Mit den vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen werde der strategische Ansatz "Pragmatismus" unterstützt und sie gewährleisten auch, dass künftige Entwicklungen nicht verbaut werden.



Momentan seien die Schulgebäude K1 als auch K4 nur über Treppen erreichbar, was den gesetzlichen Anforderungen bezüglich der Zugänglichkeit für Behinderte (Behindertengerechtigkeit) nicht entspreche.



Plan Sanierungen

hauptsächliche Massnahmen:	
- Unterrichtsräume	- neue Holzfenster, 3-fach Isolierverglasung*
- Lifteinbau	- Wärmedämmungen
- Sanitärinstallationen/Behindertentoilette	- Kontrollierte Lüftung
- neue Elektroinstallationen + EDV Verkabel.	- neue Beleuchtung
	- Oberflächenerneuerungen*
	- Schallschutzmassnahmen

Im K1 sei der Lift auf der westlichen Seite geplant. In der Projektoptimierung müsse man sich noch mit der Grundsatzfrage auseinandersetzen, ob vom Parkplatz aus, die erste Ebene (4 Treppenstufen) direkt per Lift müsse erreicht werden können, oder ob der Lifteingang ab der Hochparterreebene ausreichend sei. Grundsätzlich wären beide Massnahmen denkbar. In der Vorlage K1 sei die Erreichbarkeit ab der Hochparterreebene berücksichtigt, was allerdings bedinge, dass für die 4 Stufen zur ersten Ebene ein Treppenlift eingebaut werden müsste. Die Variante Lift ab Parkplatz habe den Nachteil, dass andere räumliche Möglichkeiten verloren gehen. In der Feinplanung werde man sich diesen Varianten nochmals annehmen.

Die neuen Fenster (Holz-Rahmen mit 3-fach Isolierverglasung) habe Diskussionen und Fragen ausgelöst, weshalb die Wahl nicht auf Metall-Holz-Rahmen gefallen sei, da diese doch weniger unterhaltsintensiv seien. Obwohl das Interesse der Denkmalpflege in diesem Punkt eine gewisse Bedeutung habe, basiere der Entscheid zu Holzrahmenfenstern auch auf ökonomischen Überlegungen. Weitere Informationen diesen Punkt betreffend, liefere er am Schluss seiner Stellungnahme.



Wichtig sei die 3-fach-Isolierverglasung, womit ein wesentlich besserer Wärmedämmeffekt erzielt werde, als mit den heutigen Fenstern.

Mit den Wärmedämmungen generell (Holzfenster und übrige Massnahmen) soll die Basis schaffen werden, um mit den Gebäuden in einer Gesamtlösung am Schluss und unter Einbezug der Wärmeerzeugung den MINERGIE®-Standard zu erreichen. Mit dem heute vorliegenden Vorschlag werden die Voraussetzungen für dieses Ziel geschaffen.

Bei den Oberflächenerneuerungen handle es sich um Putzenerneuerungen bis hin zu Malereien. Im K1 seien interessante Rückschlüsse auf das Farbkonzept gezogen worden, da es dort gewisse Relieffmalereien gebe, die auch in Zukunft erhalten werden sollten.

Die hauptsächlichen Sanierungsmassnahmen treffen auch auf das K4 zu. Auch dort gehe es um die Unterrichtsräume, wobei der Schwerpunkt bei den Unterrichtsräumen im K4 auf den Spezialräumen liege, weil dort die Ansprüche rein vom Pädagogischen her auf diese fokussiert seien. Der Lift werde nicht ins Gebäude integriert, weil diesbezüglich keine Lösung gefunden worden sei. Im Treppenhaus des Westflügels sei ein Aussenlift bis in den 3. Stock vorgesehen. In der Mitte gebe es aber noch ein weiteres Stockwerk mit der Sternwarte oben drauf. Diesbezüglich habe ein Kompromiss in Absprache mit den zuständigen Behindertenorganisationen getroffen werden müssen, die dem Konzept die Behindertengerechtigkeit zugesprochen haben. Die normalen Unterrichtsräume seien mittels diesem Lift erschlossen. Im K4 seien zwei Behindertentoiletten zu bauen (im Erdgeschoss und auf der Etage des Singsaals). Auch dort werden die Sanitärinstallationen ersetzt. Wie bereits erwähnt, sei die Erdbebensicherheit im K4 ein besonderes Thema.

MINERGIE® sei eine Messlatte bzw. ein Ziel, das baukastenmässig (Stück für Stück) erreicht werden könne, indem am Schluss eine gewisse Punktzahl vorhanden sein müsse.

Im Vorfeld sei abgeklärt und im Stadtrat auch entsprechend informiert worden, dass städtische Gebäude nicht partout im MINERGIE-Standard saniert werden müssen. Die vorgängige Prüfung dieser Frage habe ergeben, dass der MINERGIE®-Standard für die Kreuzfeldschulanlagen möglich sei.

stadtlangenthal

MINERGIE gibt das Ziel vor...
...der Weg ist frei

leistungsfähige Wärmedämmung luftdichte Gebäudehülle kontrollierte Lüftung effiziente Haustechnik sommerlicher Wärmeschutz

Zusatzanforderung Beleuchtung

stadtlangenthal

Das Konzept für K1 und K4
Erneuerbare Energie, Haustechnik und wo möglich Dämmen

1. Gebäudehülle
im Spannungsfeld von Denkmalpflege, Energie, Bauphysik und Wirtschaftlichkeit; Dach, Fenster, punktuell Wände und UG; Kompaktheit hilft!

2. Lüftung mit Wärmerückgewinnung v.a. aus lufthygienischer Sicht ist Teil des bauphysikalischen Konzeptes

3. Beleuchtung und Warmwasserversorgung nach Stand der Technik erneuern

4. Wärmeerzeugung ist nicht Teil des Projektes, jedoch Teil des Energiekonzeptes (Holz mit Gasspitzendeckung - oder gleichwertig)

Wie eingangs erwähnt sei die Wärmeerzeugung nicht Teil des Projektes und auch nicht Gegenstand des vom Stadtrat erteilten Auftrages. Die Wärmeerzeugung sei jedoch ein Teil des Energiekonzeptes. In diesem Zusammenhang müsse allenfalls eine Holz/Gas-Technikheizung in Betracht gezogen werden. Es gebe aber eine grosse Palette an weiteren Möglichkeiten: Sonnenkollektoren, Erdsonden etc., wobei Erdsonden am Standort Kreuzfeld - wie an den meisten Orten in Langenthal - aber nicht zulässig seien.

Die heutigen Vorlagen zum K1 und K4 lassen betreffend die Wärmeerzeugung alle Optionen offen!



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

stadtlängenthal

Fazit



Das Projekt ist ein Gesamtkonzept mit gegenseitigen Abhängigkeiten

Die energetischen Massnahmen sind wirtschaftlich und kulturell (Denkmalpflege) abgestimmt

Die Investitionen in die Lüftung verbessern vorwiegend die Luftqualität in den Schulräumen und sind Teil des bauphysikalischen Konzepts

Der MINERGIE Modernisierungsstandard ist mittelfristig (Wärmeerzeugung) erreichbar



stadtlängenthal

Fazit



- Heizwärmeverluste - 50%
- Stromverbrauch Beleuchtung - 33%

Wirtschaftlichkeitsbeurteilung der Massnahmen

	K1	K4
Gebäudehülle	++ 532 > 234 MJ/m2 - Fr. 16'000.- / a	+/- 392 > 219 MJ/m2 + Fr. 18'000.- / a
Lüftung	Fr. 37'000.- / a	Fr. 58'000.- / a
Beleuchtung	- Fr. 6'000.- / a	- Fr. 10'000.- / a



Mit der Investition in die Lüftung werde vorwiegend die Luftqualität verbessert. In diesem Zusammenhang verweise er auf den Zeitungsartikel "D'REGION vom 22. März 2011 (Wochenzeitung für die Stadt und Land Burgdorf), unter der Headline *"Frischer Wind im Lindenfeld"*, wonach beim Schulhausneubau in Burgdorf die mechanische Lüftung im letzten Moment aus Kostengründen gekippt worden sei. *"Da geht einem buchstäblich die Luft aus! Die Rede ist vom Singzimmer des Lindenfeldschulhauses. Die Erfahrungen im Neubau zeigen, dass eine mechanische Lüftung notwendig ist. ..."* In Burgdorf werde nun versucht, die Lüftung nachzurüsten.

Mit den Sanierungsmassnahmen lasse sich der Heizwärmeverlust in beiden Gebäuden in etwa halbieren. Bei einer Energiepreisannahme pro Kilowattstunde von Fr. 0.10 schlage dies wirtschaftliche betrachtet zu Buche, wobei sich die Situation aufgrund von schwankenden Energiepreisen auch ändern könne. Es gelte sich die Frage zu stellen, ob die Heizwärmeverluste nachhaltig reduziert werden sollen oder nicht, was entsprechende Konsequenzen habe.

Die Lüftung verursache zwar Kosten und der Effekt betreffend Energieeinsparung sei nicht sehr hoch, aber in Anbetracht der Situation in Burgdorf, wäre eine Nachinstallation wohl massiv teurer. In diesem Bereich müsse man sich auf den Rat der Fachleute verlassen.

stadtlängenthal

Umsetzungsplanung / Provisorien
Meilensteine

2012	2013	2014
Ausführung Gesamtsanierung Schulgebäude K1		Ausführung Gesamtsanierung Schulgebäude K4
Baubeginn: Juni 2012 Bauende: März 2013		Baubeginn: Juni 2013 Bauende: Juli 2014

Wenn den Vorlagen heute vom Stadtrat und am 14./15. Mai 2001 vom Souverän zugestimmt werde, erfolge die Submittierung der Ausführungen. Auf der Projektleitungsebene sei die Submittierung - unter dem Vorbehalt der nötigen Beschlüsse - bereits erfolgt. Die Projektbegleitung erfolge durch das gleiche Büro, das bereits die Vorbereitungsarbeiten geleistet habe.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Der Betrag von rund Fr. 800'000.00 für Provisorien sei vielen ein Dorn im Auge und löse die Frage aus, ob sich dafür keine andere Lösung anbiete. Leider bestehe das Problem, dass bei der Aushöhlung eines Gebäudes darin nicht gleichzeitig Schulunterricht erteilt werden könne, womit Ersatzraum geschaffen werden müsse. Die vorgeschlagene Lösung bestehe darin, auf dem Platz vor dem K1- und dem K3-Schulhaus Container aufzustellen und diese entsprechend zu erschliessen.

Gesamtsanierung Kreuzfeld K1 und K4 Provisorien

stadtlängenthal



Provisorien

10 Klassenzimmer in 5 Containern
1 WC Container

Kosten: K1 Fr. 404'000.-
K4 Fr. 405'000.-

Kosten sind im Kostenvoranschlag enthalten.

Investitionsplan

stadtlängenthal

Investitionsplan 2011-2015 / Finanzierungsart / Tragbarkeit

Projekte / Anlagen Beträge in tausend Fr.	Planjahre					Subtotal	Rest	Gesamt- total
	2011	2012	2013	2014	2015	2011 – 2015	Folge- jahre	
4.01.1 SZ Kreuzfeld K1: Schul- und Wohngeb. K4: Schulgebäude SZ Kreuzfeld: „ict4kids“, (baul. Massnahmen)	1'665	4'215	3'185	5'785	1'150	16'000	3'000	19'000

- Die Sanierungsprojekte der Schulgebäude K1+K4, mit Kosten von total brutto Fr. 19.1 Mio, sind im Investitionsplan 2011-2015, "Hochbau" Ziffer 4.01.1 mit Fr. 19 Mio enthalten.
- Gemäss Finanzierungsnachweise vom 31.12.2010 / 10.01.2011 des Finanzamtes werden die zur Finanzierung dieses Projekts erforderlichen Mittel durch eigene Mittel finanziert.
- Die Tragbarkeit ist im Rahmen der Finanzplanung 2011 - 2015 nachgewiesen.

In der Investitionsplanung 2011-2015 seien gesamthaft Fr. 19,0 Mio. eingesetzt.

Die Kosten der Projektierung bzw. die Höhe des Kreditantrages entsprechen der Planung.

Baukosten

stadtlängenthal

Schulgebäude Kreuzfeld 1

Total Anlagekosten gemäss Kostenzusammenstellung	Fr.	7'100'000.00
Abzüglich Beiträge Dritter (Förderbeitrag Gebäudeprogramm)	Fr.	- 50'000.00
Total Nettobelastung der Stadt Längenthal	Fr.	7'050'000.00

Die für die Umsetzung des "ict4kids"-Projekts notwendigen Bau- und Elektromassnahmen (Sanierung Hauswartwohnung, Informatikräume und Starkstrom, inkl. Planung) betragen im Schulhaus K1 total Fr. 420'000.00. Bei Annahme der vorliegenden Gesamtsanierung K1 durch die Stimmberechtigten wird der Betrag von Fr. 420'000.00 im Projekt "ict4kids" nicht ausgelöst.

Baukosten

stadtlängenthal

Schulgebäude Kreuzfeld 4

Total Anlagekosten gemäss Kostenzusammenstellung	Fr.	12'000'000.00
Abzüglich Beiträge Dritter (Förderbeitrag Gebäudeprogramm)	Fr.	- 120'000.00
Total Nettobelastung der Stadt Längenthal	Fr.	11'880'000.00

Die für die Umsetzung des "ict4kids"-Projekts notwendigen Bau- und Elektromassnahmen (Sanierung Informatikräume und Starkstrom, inkl. Planung) betragen im Schulhaus K4 total Fr. 500'000.00. Bei Annahme der vorliegenden Gesamtsanierung K4 durch die Stimmberechtigten wird der Betrag von Fr. 500'000.00 im Projekt "ict4kids" nicht ausgelöst.

Der Förderbeitrag Gebäudeprogramm für das K1 betrage Fr. 50'000, der für das K4 Fr. 120'000.00. Dieser kleine Beitrag könnte dazu verleiten, alles und überall sanieren zu wollen, um den Förderbeitrag Gebäudeprogramm zu erhalten. Per Mail habe das zuständige Bundesamt aber informiert, dass die Förderbeiträge nur noch etwa bis zu Hälfte der erwarteten Beträge ausgerichtet werden können, weil dermassen viele Gesuche eingereicht worden seien, dass deren Finanzierung nicht sichergestellt werden könne. Diesen Umstand gelte es zur Kenntnis zu nehmen.



Im Rahmen von Beschlüssen sei von Bruttobeträgen die Rede. Insgesamt handle es sich um rund Fr. 19,0 Mio. (K4 = Fr. 11,88 Mio.; K1 = Fr. 7,05 Mio.). Darin nicht eingerechnet seien allenfalls zu erwartende Beiträge der Denkmalpflege.

Antworten auf im Vorfeld zur Sitzung gestellte Fragen:

Holzfenster

stadtlangenthal

Kostenbeispiel Fenster Schulgebäude K1:		
Lebenserwartung gemäss Tabelle Mieterverband	Holzfenster 25 Jahre	Holz-Metallfenster 25 Jahre
- Erstellungskosten (Holz-Metall ca. + 30 %)	Fr. 684'000.00	Fr. 890'000.00
- Mehrkosten Unterhalt aussen in 25 J. (2 Anstr., 475m2)	Fr. 100'000.00	Fr. 0.00
Total Kosten Erstellung und Mehrkosten Unterhalt	Fr. 784'000.00	Fr. 890'000.00
Total Mehrkosten bei Fenster in Holz-Metall während 25 Jahren	Fr. 106'000.00	
(Beitrag Denkmalpflege nicht berücksichtigt)		

Die **Fensterthematik** habe einige Diskussionen und Fragen ausgelöst wie:

- Werden Holzfenster gewählt, weil die Denkmalpflege dies so wünscht?
- Könnten nicht Holz-Metall-Fenster eingesetzt werden (witterungsbeständiger)?

(Preis für die Holzfenster = Fr. 486'000.00 gemäss Kostenvoranschlag für das K1)

Der Unterschied von 30% bzw. rund Fr. 200'000.00 löse Fragen nach der Verhältnismässigkeit aus. Es gelte sich wirklich zu überlegen, ob Mehrinvestitionen von Fr. 200'000.00 für das K1 sowie allenfalls rund Fr. 200'000.00 für das K4 getätigt werden sollen. Zudem sei der Aspekt der Denkmalpflege zu beachten, da mit einer Holz-Metall-Aussensicht der Reliefcharakter eines Fensters nicht gleich dargestellt werden könne, wie mit einer Holzkonstruktion. Wenn eine Lösung mit der Denkmalpflege zu Stande kommen soll und dabei allenfalls noch Beiträge abgeholt werden wolle, müsse dieser Punkt berücksichtigt werden.

Die Darstellung beantworte folgende Fragen:

- Was ist heute überhaupt an der Heizzentrale angeschlossen?
- Seit wann ist die Heizanlage in Betrieb?

Die Heizanlage funktioniere optimal und entspreche den geltenden Vorschriften. Es gelte sich zu überlegen, ob eine funktionierende Heizungsanlage herausgerissen und ersetzt werden soll oder nicht.

Wärmeerzeugung Heizzentrale

stadtlangenthal

• An der zentralen Heizanlage sind folgende Gebäude angeschlossen: Schulgebäude K1 / K2 / K3 / K4 / K5 Turnhallen 1 / 3+4 / 3-fach Sporthalle Hauswirtschaftsschule und Schülertagesstätte Musikschule, Bibliothek • Die zwei Brenner der Heizungsanlage (Leistung je 935kW) stammen aus dem Jahr 1992. • Brenner haben gemäss der Tabelle des Mieterverbands eine Lebenserwartung von 20 Jahre. Die bestehende Heizungsanlage funktioniert heute optimal und erfüllt die gesetzlichen Grenzwerte. • Die Projektierung einer neuen Heizzentrale ist Teil der Etappe 2. • Die Vorlagen K1 und K4 bilden kein Präjudiz, was die Erneuerung der Wärmeerzeugung betrifft!! • Zum Erreichen des Minergiestandards im Kreuzfeld müsste eine Umstellung auf erneuerbare Energieträger erfolgen.

- Ist die Installation einer Solaranlage auf dem Dach geprüft worden?

Die Vorlagen K1 und K4 bilden kein Präjudiz, was die Erneuerung der Wärmeerzeugung betreffe. Dieser Punkt sei nicht Bestandteil des Prüfungsauftrages gewesen. Dementsprechend sei diese Prüfung auch noch nicht erfolgt. Der Prüfungsauftrag hätte um diesen Bestandteil erweitert werden müssen. Ausserdem werde an den Dächern ja auch gar nichts gemacht. Wenn die Heizzentrale später erneuert werde, werde die Variante mit Solarkombination absolut möglich sein. Das Einzige was gemäss Fachleuten gemacht werden müsse, sei die Sicherstellung einer Verbindung zwischen dem Dach und der Heizzentrale mit Vertikalschächten, die bereits vorhanden seien. Eine Solaranlage auf dem Dach liesse sich also mit der Heizzentrale verbinden.



Allerdings halte er fest, dass es nicht ganz so einfach sei, Solaranlagen zu betreiben, da dazu nebst Speichergefässen auch andere technische Teile montiert werden müssen, womit das Geschäft eine gewisse Dimension erreiche. In den Vorlagen werde nur von der internen Wärmeverteilung gesprochen, womit die Vorlagen wie bereits erwähnt kein Präjudiz darstellen und alle Optionen offen halten.

Wenn der MINERGIE®-Standard später erreicht werden wolle, brauche es eine Umstellung auf erneuerbare Energieträger. Dies allenfalls aber nicht zu 100% - weil es vielleicht gar keinen Sinn machen würde. Eventuell müsste in einer Übergangsphase trotzdem auf Gas gesetzt werden. Vielleicht könnte aber auch eine Kombination mit Solarenergie etc. zum Einsatz kommen. Auch bei der Erneuerung der Heizzentrale des Stadions Hard seien verschiedene Varianten geprüft worden. Die Entscheidung sei zu Gunsten des Energieträgers Gas gefallen, was entsprechend begründet und erklärt worden sei. Beim Alterszentrum Haslibrunnen sei eine Solaranlage ins Heizsystem integriert worden.

- *Ist Behindertengerechtigkeit im K4 gegeben, da nicht das ganze Gebäude mit einem Lift erschlossen werden kann?*

Die vorgesehenen Massnahmen würden die geltenden Anforderungen erfüllen. Die Fachstelle "Hindernisfreies Bauen" sei diesbezüglich kontaktiert worden und bestätige dies.

- *Grund für Aufhebung des Mittagsraums im K4?*

Offensichtlich sei der Mittagsraum aus betrieblichen, funktionellen und ästhetischen Gründen heute ungeeignet. Dieses fehlende Raumangebot werde mit der Einrichtung von Gruppenräumen ersetzt.

- *Bestehen Vorschriften für Gruppenräume?*

Der Kanton Bern habe Vorschriften erlassen, diese aber im Jahre 2003 als unverbindlich erklärt. Die Schulraumplanungsgruppe habe sich mit ganz bestimmten Kriterien auseinandergesetzt, die nun in die Vorlagen K1 und K4 eingeflossen seien. Es liege in der Hoheit der Gemeinde, wie man sich diesbezüglich verhalten wolle.

Angesichts der Bedeutung dieser beiden Projekte rechtfertige sich die Länge seines Vortrages. Es gehe um viel Geld aber auch um Etwas, das sorgfältig vorbereitet worden sei und das der strategischen Ausrichtung der gesamtheitlichen Vorgehensweise entspreche. In diesem Sinne müsse nach "A" nun auch "B" gesagt werden - zumal es sich bei beiden Vorlagen - auch vom finanzpolitischen Standpunkt her - um nichts Unerwartetes handle. Es gelte nun die Chance zu ergreifen ein Zeichen zu setzen. Der Stadtrat warte ja seit längerem darauf, den Investitionsteil der Stadt markant beeinflussen zu können.

B Vorberatende Behörden/Voten der Fraktionssprechenden/Allgemeine Diskussion/Antragstellung

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Nachdem doch einstündigen Referat des Stadtpräsidenten bleibe ihm kaum genug Luft um noch etwas Schlaues zu ergänzen. Der Zeitpunkt wäre günstig, die Lüftungsanlage im Saal zu aktivieren, um eine bessere Konzentration zu erreichen.

Die beiden Vorlagen zur Sanierung der Schulhäuser K1 und K4 hätten auch in der Geschäftsprüfungskommission einige und sehr wohl kritische Fragen aufgeworfen. Die beiden Bauvorhaben seien zu einem grossen Teil identisch begründet, so dass sich die Stellungnahme auf beide Vorlagen beziehe.

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich natürlich gefragt, wieso die beiden Sanierungen nicht in eine einzige Vorlage gepackt worden sind. Der Eindruck könnte nämlich entstehen, dass nach Salamtaktik verfahren werde und dass der Stimmbürger nicht mit einem grossen Kreditbegehren von über Fr. 19,0 Mio. vor den Kopf gestossen werden soll. Von Salamtaktik auszugehen wäre aber falsch, weil beide Vorlagen in sich abgeschlossene Projekte beinhalten, die auch getrennt voneinander zur Abstimmung gebracht werden können und auch getrennt voneinander behandelt werden müssen, was von der rechtlichen Vorschrift "der Einheit der Materie" verlangt werde. Eine Zusammenlegen zu einer Megavorlage wäre zwar sachlich sehr wohl denkbar, aber rechtlich nicht möglich gewesen.



Die Bemerkungen und Fragen der Geschäftsprüfungskommission hätten sich vor Allem um die Themen der Heizung und der Belüftung gedreht. Die dezentrale Wärmeherzeugungsanlage soll - gemäss den Unterlagen und den Ausführungen des Stadtpräsidenten - nicht ins ganze Sanierungsprojekt aufgenommen werden. Dies aus dem Grund, dass die bestehende Gasheizung noch ohne Beanstandungen funktioniere, womit sich eine Erneuerung vorläufig nicht aufdränge. Damit werde bewusst auf den MINERGIE®-Standard verzichtet, wie er eigentlich im ganzen Sanierungsprojekt angestrebt werde. Um diesen Standard zu erreichen, müsste die Heizung auf erneuerbare Energieträger (beispielsweise Holzpellets) umgestellt werden. Diese Begründung könne als einleuchtend erachtet werden, da eine nachträglich Umrüstung jederzeit und ohne grosse Mehrkosten möglich sein soll. Es gelte sich bei diesem Vorgehen allerdings bewusst zu sein, - dass damit auf kantonale Förderbeiträge für den MINERGIE-Standard von mindestens Fr. 100'000.00 verzichtet werde, was vom Stadtpräsidenten etwas unterschlagen worden sei. Ob dieser Beitrag auch später noch gesprochen werde, sei als sehr ungewiss einzustufen.

Die neue Lüftung sei ein wesentlicher Kostenfaktor in beiden Bauprojekten. Im K1 koste diese Fr. 680'000.00, im K4 sogar rund Fr. 1,0 Mio. Das sei sehr viel Geld und der Begriff "Komfortlüftung" könnte falsch verstanden werden. Zudem seien die erzielbaren Einsparungen äusserst bescheiden. Im Vergleich zur Sanierung der Gebäudehüllen, hätten diese Lüftungsanlagen kaum eine günstig Auswirkung auf die Energierechnung. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich aber überzeugen lassen, dass diese Lüftungsanlagen integrativer Bestandteil des MINERGIE®-Standards seien und dass sie vor Allem die Luft in den Klassenzimmern so gut erneuern, dass die Kinder deutlich weniger Konzentrationsschwierigkeiten wegen abgestandener Luft haben werden. Wenn also ein Kind während dem Unterricht einschlafen sollte, werde es definitiv nicht mehr an der schlechten Luft liegen. Sollte zudem im Klassenzimmer wegen intensivem Denken und Mitmachen eine all zu heftige Rauchentwicklung festgestellt werden, liessen sich die Fenster nach wie vor öffnen, um von aussen frische Luft zu erhalten.

Die Geschäftsprüfungskommission habe einstimmig festgestellt, dass die Millionenprojekte für die Zukunft der Stadt Langenthal und damit für den Bildungsstandort Langenthal formal korrekt vorbereitet worden seien und dass der rechtlichen Zustimmung zu Händen der Volksabstimmung am 14./15. Mai 2011 nichts im Wege stehe.

Persönlich erlaube er sich die Bemerkung, dass wenn die Sanierung der beiden Schulhäuser "schlank durchkomme", auch die nötigen Leitungen und Anschlüsse für das ict4kids-Projekt installiert werden, was nach einer gut bemessenen Bauzeit spätestens im Juli 2014 der Fall sein dürfte. Er schlage deshalb vor, bis dahin mit der Realisierung des ict4kids-Projektes zu warten, wodurch niemand grösseren Schaden nehmen würde. Auch würde damit das Projekt ict4kids deutlich - um mindestens Fr. 200'000.00 für die Übergangslösung - entlastet.

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Die vom Stadtpräsidenten ausführlich vorgestellten Geschäfte seien in den Fraktionen und verschiedenen Kommissionen studiert worden. Die SVP-Fraktion habe sich vor Ort über die Sanierungsprojekte informieren lassen und ausführlich darüber diskutiert. Die SVP-Fraktion habe genügend Grundlagen erhalten, um sich ein Bild zu verschaffen und eine Meinung zur Gesamtsanierung bilden zu können.

Die SVP-Fraktion erachte die Gesamtsanierung als nötig, weil sich die Sanierung der technischen Einrichtungen seit Jahren aufdränge. Bei der Gesamtsanierung werde das Projekt im Ganzen und nicht in Einzelteilen und somit in Bezug auf Wärmetechnik, Lüftungstechnik, Schallschutz, Rollstuhlgängigkeit, Erdbebensicherheit und Denkmalpflege zusammenhängend bedacht und studiert. Die SVP-Fraktion sei überzeugt, dass die Kosten bei einer Gesamtsanierung geringer ausfallen, als dies bei einer etappenweisen Sanierung der Fall wäre.



Die Komfortlüftung sei vom Stadtpräsidenten ausführlich erklärt worden. Mit der geplanten Komfortlüftung werde nur ein Luftaustausch mit Wärmerückgewinnung erzielt. Dies im Unterscheid zu einem Bürokomplex, der mit der Lüftung geheizt und klimatisiert werde. Da die unter Denkmalschutz stehenden Gebäude nicht "einfach" isoliert werden können, sei es dringend nötig, diese Lüftung zu installieren, damit die bestehenden Bauteile keinen Schaden nehmen. Der heute bestehende Zustand (mit den alten Fenstern) werde als sogenannte Dauerlüftung bezeichnet. Bei beiden Objekten (K1 und K4) sei die Anordnung der Lüftung im Dach optimal, da die Steigzonen nach oben und unten geführt werden können. Die Einsparung bei den Betriebskosten werde in den nächsten Jahren bei den Energiekosten sicher zum Tragen kommen. Die Tragbarkeit der Projekte sei in der Finanzplanung 2011-2015 nachgewiesen.

Die Grossväter hätten beim Bau der Schulanlage Kreuzfeld eine Weitsicht bewiesen, die man meistens nur in Grossstädten antreffe. Es gelte sich nun einen Ruck zu geben, um diese Weitsicht weiterzuführen und die Gebäude für die nächste Generation zu erhalten, damit auch künftig eine optimale Nutzung möglich sei. Die SVP-Fraktion stimme den Vorlagen (K1 und K4) einstimmig zu.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Dem Stadtbauamt und den an diesen Riesenprojekten beteiligten Gruppen (Schulraumplanung, Lehrerschaft, Werkhof etc.) gebühre Dank für die gute geleistete Arbeit bei der Aufarbeitung der Vorlagen. Mit den umfangreichen Projektdossiers und der detaillierten Erklärung des Stadtpräsidenten liegen ausführliche Entscheidungsgrundlagen vor.

Auch die EVP/glp-Fraktion begrüsse es sehr, dass nicht "scheibchenweise" vorgegangen werde, sondern dass die Brocken gemäss dem Leitbild als Ganzes angepackt werden. Auch die eingeschlagene MINERGIE-Richtung werde als gut empfunden, was für die Energiestadt Langenthal ja auch Sinn mache und eine Verpflichtung darstelle.

Auch die EVP/glp-Fraktion habe im Vorfeld der Sitzung Fragen gestellt, die teilweise vom Stadtpräsidenten bereits beantwortet worden seien. Bei den noch offenen Fragen gehe es grösstenteils um Fragen, die weder die Meinung des Stadtrates heute beeinflussen, noch einen Einfluss auf die Entscheidung der Volksabstimmung am 14./15. Mai 2011 ausüben würden. Es handle sich dabei um Sachen - wie beispielsweise die Diskussion, weshalb die Dächer nicht bereits jetzt mit einer Solaranlage (Sonnenkollektoren oder Photovoltaik) ausgerüstet werden, um einen Teil des Stromverbrauchs dafür selber produzieren zu können - die im Laufe der Planung und Ausführung durchaus noch einfließen können. Ihm persönlich sei versichert worden, dass diese Nachrüstung relativ einfach zu realisieren wäre, weil die in die Gebäude zu installierende Technik (Lüftung, Teile der Wärmetechnik) im Dach untergebracht werde, womit die vom Dach zur Technik zu führenden Leitungen relativ kurz, einfach und ohne Räume zu tangieren, gewährleistet werden könne. Sicher sollte dieser Punkt in der laufenden Planung nochmals genau angeschaut werden, so dass zumindest Leerrohre für eine spätere Nachrüstung eingezogen werden.

Auch die EVP/glp-Fraktion habe über die Holz bzw. Holz-Metall-Fenster diskutiert. Im Wissen, dass Holz-Metall-Fenster relativ teuer seien und unter Berücksichtigung der Ansprüche der Denkmalpflege, könnte eventuell auch die so genannte Variante "Holz-Flügel-Fenster" (Fenster deren Flügel aber nicht deren Rahmen mit Metall beplankt seien) gewählt werden.

Die EVP/glp-Fraktion habe auch diskutiert, ob eine frühzeitigere Einplanung des Übergangsbaus eventuell dazu hätte führen können, sich für einen Neubau zu entscheiden, um die laut Schulraumkonzept und der neuen Schulraumplanung festgestellten fehlenden Räume direkt unterbringen zu können. Der EVP/glp-Fraktion sei aber bewusst geworden, dass die schulraumbezogenen Planungen relativ gleichzeitig angelaufen seien und die heute vorliegenden Geschäfte zügig und effizient vorangetrieben worden seien, wodurch ein Neubau zur gleichen Zeit relativ undenkbar zu realisieren gewesen wäre.

Als kleiner Wermutstropfen werde erachtet, dass der MINERGIE®-Standard tatsächlich erst zusammen mit einer neuen Heizungsanlage erreicht werden könne. Es könnte bestimmt einiges an Energie eingespart werden, wenn die geplante Sanierung inklusive der Heizungsanlage - mit einer zwingend auf erneuerbarer Energie basierenden Versorgung - realisiert würde.



Betreffend Wärmepumpen weise er darauf hin, dass es nicht möglich sei Erdsonden zu verwenden, wogegen Grundwasserwärmepumpen in diesem Bereich eingesetzt werden könnten.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze die beiden Vorlagen (K1 und K4) und danke an dieser Stelle nochmals für die Erarbeitung der Projekte.

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion stimme dem Vorhaben Sanierung der Kreuzfeldschulhäuser 1 und 4 einstimmig zu.

Obwohl es grundsätzlich nicht nötig wäre, noch viele Worte darüber zu verlieren, seien der SP/GL-Fraktion nach gründlichem Projektstudium noch zwei Gegebenheiten aufgefallen, die zu Bemerkungen Anlass geben:

- Das Projekt sehe vor, die Räumlichkeiten mit einer Komfortlüftung auszustatten. Die SP/GL-Fraktion sei bereit die Investition dieser Massnahme im K1 und K4 von rund Fr. 1,8 Mio. zu unterstützen. Die SP/GL-Fraktion unterstütze auch das Vorhaben, den MINERGIE®-Standard zu erreichen. Nach Ansicht der SP/GL-Fraktion sei es deshalb fraglich, weshalb weder die Installation von Photovoltaikanlagen für die Stromerzeugung noch Solarzellen für die Warmwasseraufbereitung vorgesehen sei. Es wäre schön, wenn bereits vor Baubeginn energiepolitische Weichen richtig gestellt würden. Gemäss Aussage des Stadtpräsidenten werde damit die spätere Zukunft aber nicht verbaut.
- Die Schnittstellen zum ict4kids-Projekt seien bestimmt und bekannt. Trotzdem seien zumindest in den Beleuchtungs- und Deckenplänen des K1 die Deckenbeamer nicht berücksichtigt. Anstelle von Beamern seien Wandtafelbeleuchtungen eingezeichnet. Es stelle sich nun die Frage, ob allenfalls bereits kompakte Interaktivwandtafeln vorgesehen seien, die zwar in der Anschaffung etwas teurer wären, aber vielleicht etwas einfacher installiert werden könnten.

Die Zeit bis zum Baubeginn sollte jetzt dazu genutzt werden, die Strukturen des Bauamtes zu stärken. Die Vergabekompetenz von weniger als Fr. 15'000.00 reiche nicht aus, um solche Grossprojekte effizient zu realisieren. Wo ein Stempel zur Ausführung ausreichen würde, schreiben die städtischen Verwaltungsangestellten sinnlose Berichte und Anträge, was als "Bürokratie pur" bezeichnet werden könne. Mit der Eingabe einer Motion an der nächsten Stadtratssitzung werde er oder die SP/GL-Fraktion zu diesem Thema vorstellig werden, um diesen Missstand zu beseitigen.

Die SP/GL-Fraktion hoffe, dass ihre Anliegen doch noch berücksichtigt werden können. Die SP/GL-Fraktion sei motiviert mitzuhelfen, die Bauvorhaben - die hoffentlich schweizweit als Referenz wahrgenommen werden - gut voranzubringen, wozu es aber ein paar Innovationen hinsichtlich ICT und Energiepolitik brauche.

Florinda Wallkamm-Mauricio, FDP/jll-Fraktion: Im Namen der FDP/jll-Fraktion danke sie für die gründliche und seriöse Vorbereitung der Vorlage. Es sei eine Vorlage, wie sie von Parlamentariern gewünscht werde, da im Hinblick auf die Genehmigung und Ausführung kein Zeitdruck bestehe. Das Projekt beinhalte wie bereits erwähnt nur nötige, notwendige, nachhaltige bauliche und technische Sanierungsarbeiten.

Persönlich merke sie Punkto MINERGIE®-Standard an, dass dies heute nicht nur Wunschdenken sei. Vorausschauend - in Bezug auf die aktuellen energiepolitischen Diskussionen - könne man sich denken, was die zukünftige Energiepolitik bringen werde. Es werde sicher neue Vorgaben geben, und die Energiekosten werden vermutlich auch nicht sinken. Der Ausstieg aus dem Atomstrom lasse hier sicher grüssen. Dementsprechend werde man in Zukunft sicher dankbar sein, bereits heute den energiesparenden MINERGIE®-Standard angestrebt zu haben.

Das Fazit der FDP/jll sei, dass die sehr hohe Gesamtsumme des Projektes K4 aufgrund der längst fälligen Sanierungsarbeiten gerechtfertigt sei. Vor allem bei Betrachtung der grossen Kosten, die wegen der Erfüllung geltender Normen (Tragstrukturen) anfallen. Ein grosser Teil (Fr. 1,2 Mio.) sei auf die Fr. 12,0 Mio. Gesamtsanierungskosten gesehen, jedoch kein Pappenstiel.

Die FDP/jll-Fraktion werde das vorliegende Projekt genehmigen und den Investitionskredit bewilligen.



Armin Flükiger: In seinen Augen wäre es nicht fair, wenn er nur die die Sanierungsvorlage des K1 vertreten würde, weshalb er sich auch zum K4 äussere. Er sei stolz auf die Volksschule Langenthal, weil sie gut sei. Dementsprechend liege ihm auch das K4, welches auch zur Schulanlage Kreuzfeld gehöre, am Herzen.

Die Betriebsrisiken seien ein Punkt den er erwähnen möchte: In den Vorlagen seien die Geländer erwähnt worden. Es wäre aber wirklich etwas gesucht zu sagen, dass sich der mit anderen Schulleitenden als Gast anwesende Herr Peter Rubeli das Bein wegen eines zu tiefen Geländers oder einer fehlenden Treppe verletzt habe. Der Grund für die Verletzung liege woanders. ...

In Bezug auf die Sanierung sei das Schwergewicht bewusst auf den Singsaal gelegt worden. Dieser werde künftig grösser bzw. besser ausgerüstet sein, da öffentliche Anlässe im Schulraum Kreuzfeld künftig im K4 untergebracht werden sollen. Dasselbe passiere mit den naturwissenschaftlichen Räumen, was den Preis der Sanierung natürlich in die Höhe treibe. Der Unterricht der Oberstufe werde auf das K4 konzentriert, so dass diese Räume optimal genutzt werden können - was bereits heute zum Teil passiere.

Was den aufgehobenen Mittagstisch betreffe, so weise er darauf hin, dass die dadurch wegfallenden Gruppenräume zum Teil ersetzt werden. Natürlich werde mit dem neuen Eingang das Schulhaus K4 auch ästhetisch besser aussehen.

Alle Parteien und deren Fraktionen würden die Bildung in ihren Leitgedanken aufführen und seien sich bewusst, dass Bildung koste. Zusammen mit der noch offenen ICT-Lösung werde der Arbeitsplatz für das Lehrpersonal im Bereich Volksschule durch die Sanierung natürlich eine Stärkung erfahren, was sich sicher zukünftig auch auf die Anstellung von Lehrpersonen auswirken werde. Mit dem Ja zur Sanierung vom Parlament als auch vom Volk erfahre die Volksschule auch eine Wertschätzung.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Unter Kenntnisnahme der grossen Zustimmungsbereitschaft zu den Vorlagen danke er für die konstruktiven Rückmeldungen. Die positive Haltung und die eingebrachten Wünsche seien erfreulich. Nach erfolgter Überprüfung werde diesen Wünschen (Lift K1, Container etc.) nach Möglichkeit Rechnung getragen. Auch für die vorgängig eingebrachten Fragen danke er bestens. Im Hinblick auf eine konstruktive Debatte sei dieses Vorgehen wirklich sehr positiv, um auf substantielle Fragen fundierte Antworten liefern zu können. Er möchte es nicht unterlassen seinerseits allen Beteiligten (von der pädagogischen bis zur fachtechnischen Seite inklusive den Verantwortlichen des Stadtbauamtes) für die Geschäftsvorbereitung bestens zu danken.

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass sich nebst der Berichterstattung des Stadtratspräsidenten auch die Voten der vorberatenden Behörden und die der Fraktionen - mit Ausnahme des Votums von Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio der FDP/jll und des persönlichen Votums von Stadtrat Armin Flükiger - auf beide Vorlagen beziehen. Die Detailberatung des vorliegenden Geschäftes (Traktandum Nr. 2) werde daher unter Berücksichtigung dieser ausschliesslich das K4 betreffenden Voten, identisch protokolliert, wie das Traktandum Nr. 1.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

III Abstimmung:

C Abstimmung über den Beschlussesentwurf Ziffer I:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

a) Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 35 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnissnahme der Botschaft des Stadtrates vom 28. März 2011

beschliesst:

1. Das Projekt für die Gesamtanierung des Schulgebäudes Kreuzfeld 4, Schulhausstrasse 19 (inkl. den nötigen Massnahmen für die spätere Erreichung des MINERGIE®-Standards nach der Sanierung der zentralen Wärmeerzeugungsanlage), wird genehmigt.
2. Der Investitionskredit in der Höhe von brutto Fr. 12'000'000.00 (inkl. MWSt) wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 664.503.08 "Ausführung Gesamtanierung K4", bewilligt. Die Beiträge Dritter sind der Investitionsrechnung, Konto Nr. 664.661.08, gut zu schreiben.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

b) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

D Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 14./15. Mai 2011 (Beschlussesentwurf Ziffer II.):

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass zur Abstimmungsbotschaft keine Wortmeldungen vorliegen und bittet um Abgabe der Stimme zu Ziffer II. des Beschlussesentwurfs:

■ Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 9. März 2011 (mit 37 Stimmen Ja, gegen 0 Stimmen Nein, bei 0 Enthaltungen).

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



3. Postulat (umgewandelte Motion) Steiner Daniel (EVP) vom 18. August 2008 betreffend Förderbeiträge an Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger (erheblich erklärt am 15. Dezember 2008); Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Christie Bobst: Das vorliegende Geschäft basiere auf folgendem Anliegen: *"Der Gemeinderat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um den Einsatz erneuerbarer Energieträger in der Stadt Langenthal zu fördern und Anreize zu schaffen, den Energieverbrauch bei Alt- und Neubauten und die CO₂-Emissionen zu senken."*

Bereits ein halbes Jahr vor der Erheblicherklärung des Postulats (gewandelte Motion) habe der Gemeinderat das Stadtbauamt beauftragt, Fördermassnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen zu prüfen und einen entsprechenden Bericht und Antrag auszuarbeiten.

Das am 15. Dezember 2008 überwiesene Postulat sei dann in die bereits vom Gemeinderat in Gang gesetzten Arbeiten integriert worden, womit das Stadtbauamt beauftragt worden sei, dem Anliegen im auszuarbeitenden Bericht und Antrag Rechnung zu tragen. Mit dem heute vorliegenden Geschäft liege nun das vom Gemeinderat geforderte Prüfungsergebnis vor.

Von Bund und Kanton bestehe ein Förderprogramm, womit ein aus kantonalen und nationalen Teilen bestehendes Gebäudeprogramm vorliege. Der Bund fördere eine bessere Wärmedämmung von Einzelbauteilen in bestehenden beheizten Gebäuden, die vor dem Jahre 2000 erbaut worden seien. Der Kanton Bern dagegen fördere Neubauten und Sanierungen in verschiedenen MINERGIE-Standards und den Ersatz von bestehenden Elektroheizungen durch andere Wärmeerzeugungsanlagen (Sonnenkollektoren zur Warmwasser- und Heizungsunterstützung, Wärmeerzeugung mit Holz für Raumwärme und Warmwasser sowie Wärmenetze).

Angesichts der bestehenden Förderprogramme des Bundes und des Kantons stelle sich die Frage, ob auf Gemeindeebene ein eigenes Förderprogramm erstellt werden soll. Die Prüfung des Stadtbauamtes habe zum Ergebnis geführt, dass die Stadt zur Erarbeitung eines eigenen Förderprogramms weder über die nötigen Fachleute noch über die erforderlichen personellen Ressourcen verfüge. Ohne Personalaufstockung oder die Vergabe von externen Aufträgen sei weder die Erarbeitung eines eigenen Förderprogramms, noch die spätere fachliche Prüfung allfälliger Gesuche möglich.

Mit Langenthaler Massnahmen würde auf bestehende Förderprogramme aufgebaut und weitere Beiträge an Massnahmen ausgerichtet, die vom Bund und Kanton bereits gefördert und geprüft werden. Nach Ansicht des Gemeinderats würde damit jedoch kein Anreiz, sondern eine zusätzliche Subvention für etwas bereits Bestehendes geschaffen. Zudem konzentriere sich das Gebäudeprogramm des Bundes und des Kantons stark auf Massnahmen im Gebäudebereich, womit fast ausschliesslich Liegenschaftsbesitzer angesprochen werden. Effiziente Haushaltsgeräte und das ganze Spektrum der Mobilität werde im Förderprogramm des Bundes und des Kantons nicht berücksichtigt. Der Gemeinderat verzichte darauf, Förderbeiträge mit Rückgriff auf bereits bestehende Förderungsmassnahmen des Bundes und des Kantons auszurichten. Der Gemeinderat sehe von einem eigenen Reglement ab weil:

- die Erarbeitung eines eigenen Förderprogramms, des entsprechenden Reglementes und insbesondere die spätere Gesuchsprüfung externe Unterstützung erfordern würde. In Anbetracht der heute bereits bestehenden starken Belastung des Stadtbauamtes wäre die Bewältigung dieser Arbeiten ohne eine Personalaufstockung nicht möglich.



- mit einem eigenen Reglement der Rechtsanspruch auf die Fördermittel begründet würde, was problematisch sein könnte, wenn die bereits bereit gestellten finanziellen Mittel nicht ausreichen würden, weil die Beiträge beispielsweise bereits Mitte des Jahres ausgeschöpft wären. Von anderen Gemeinden sei bekannt, dass diese, wenn die Fördermittel erschöpft seien, die Gesuche bis ins nächste Jahr sistieren und den Rechtsanspruch dann wieder gelten lassen, was vom Gemeinderat nicht nur als problematisch, sondern auch als rechtswidrig erachtet werde.

Damit nicht fälschlicherweise der Eindruck entstehe, dass sich der Gemeinderat irgendwie vor der Verantwortung drücken wolle, habe dieser eine dritte und von ihm klar favorisierte Variante ins Auge gefasst: Die Lancierung und Umsetzung kommunaler Aktionen bestehend aus punktuellen Unterstützungsmassnahmen und jährlichen Aktionen, die über die laufende Rechnung finanziert würden.

Die Politik werde sich ab jetzt im Rahmen der jährlichen Budgetierung alle Jahre auf einen Förderbeitrag einigen müssen, um gewünschte Förderaktionen lancieren zu können. Beispiele für Förderaktionen:

- Abgabe von Gutscheinen für eine Gratisenergieberatung;
- Beitrag an effiziente Haushaltsgeräte, was vor allem auch für die Mieterinnen und Mieter positiv wäre, da auch diese an den Förderaktionen teilnehmen und davon profitieren könnten. Dies im Gegensatz zum bestehenden Gebäudeprogramm des Bundes und des Kantons, wo der Mietende darauf angewiesen sei, was der Grundeigentümer unternehme;
- Leistung von Überbrückungsbeiträgen an Photovoltaikanlagenbesitzer, die ihre Anlage an die kostendeckende Einspeisevergütung (so genannte KEV) angemeldet haben, aber vorerst noch auf der Warteliste stehen;
- Betrieb einer grossen Solarstromanlage, woran sich Private beteiligen könnten.

Der dafür nötige Betrag werde politisch verhandelt werden müssen. In diesem Sinne werde auch die Umweltschutz- und Energiekommission gefordert sein, zu Händen der jährlichen Budgetierung einen Beitrag vorzuschlagen und dem Gemeinderat ein Aktionsprogramm zu unterbreiten.

Bereits hätten erste Gespräche mit den Industriellen Betrieben (IBL) stattgefunden, womit eine Zusammenarbeit bereits initiiert sei. Zudem habe die IBL in vergangenen Aktionen bereits ihre Bereitschaft gezeigt, auch alternative Energien und die Energieeffizienz zu fördern. Es gebe bereits heute einen Beleuchtungsratgeber, Wärmebilderaufnahme-Aktionen und auch Gebäudehüllenanalysen, die von den Liegenschaftsbesitzern zu einem sehr guten Preis in Anspruch genommen werden können. In der Vergangenheit habe es auch schon eine Aktion für Grossgeräte gegeben, worin der Endverbraucher unterstützt werde, Geräte der Kategorie A und AA zu kaufen. Auch eine Aktion "zur Umstellung auf Wärmepumpen" sei schon durchgeführt worden. Diese Beispiele zeigen auf, dass der Wille vorhanden und das Thema lanciert sei und dass von Seite des Gemeinderats Bereitschaft bestehe, mit einem jährlichen Beitrag Aktionen zu starten, um Energieeffizienz und alternative Energien zu fördern.

Aufgrund dieser Überlegungen habe der Gemeinderat dem Stadtbauamt den Auftrag erteilt, befristete Förderaktionen - unter Einbezug der IBL - auszuarbeiten und diese dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Finanzierung dieser Förderaktionen habe wie bereits erwähnt, über die Laufende Rechnung zu erfolgen.

Im Namen des Gemeinderats beantrage sie dem Stadtrat das Postulat (umgewandelte Motion) Steiner Daniel (EVP) vom 18. August 2008 betreffend Förderbeiträge an Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger abzuschreiben und das vom Gemeinderat vorgeschlagene Vorgehen zu unterstützen.



Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Niemand hätte vor ein paar Wochen gedacht, dass die Themen "Energieeffizienz" und "erneuerbare Energien" auf einen Schlag so aktuell werden würden. Ohne in eine Hysterie zu verfallen, wie sie im Moment rund um das Thema "Atomkraftwerke" stattfindet, sei er davon überzeugt, dass sich der Stadtrat mit Massnahmen im Bereich der "Energieeffizienz" und "erneuerbare Energien" in Zukunft noch intensiv werden beschäftigen müssen, weil dieses Thema auf der politischen Agenda eine hohe Priorität einnehme. Dass einem die Gefahr erst mit den schrecklichen Vorfällen in Japan so richtig bewusst geworden sei, stimme nachdenklich.

Angesichts der Vorfälle in Japan und der teurer und knapper werdenden Ressourcen auf unserer Erde, sollten erneuerbare Energieträger (Sonne, Wind, Wasser und Holz) aktiv gefördert werden. Die EVP sei sich dessen schon im Dezember 2008 bewusst gewesen. Langenthal müsse als Energiestadt diesbezüglich eine Vorbildfunktion einnehmen und den Privatpersonen mit gutem Beispiel vorangehen.

Etliche Schweizer Gemeinden hätten dies erkannt und würden tatkräftig Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger fördern. Diese Gemeinden würden interessanterweise bereits über entsprechende Reglemente verfügen, was zeige, dass es offenbar möglich wäre, solche Reglemente zu erlassen, auch wenn sich daraus ein Rechtsanspruch ergebe. Es gebe aber auch Gemeinden - wie die Nachbarstadt Burgdorf - die ohne Reglement vorgehen. Burgdorf habe vor ein paar Jahren die Aktion 50+50 Solardächer gestartet und erst kürzlich und aktuell die Energiesparbox lanciert, die Hinweise enthalte wie Energie gespart und die Energieeffizienz erhöht werden kann. Die Box könne bei der Stadt für Fr. 29.00 bestellt werden.

Die im Zusammenhang mit dem Postulat erfolgten Abklärungen seien gut nachvollziehbar und verständlich. Trotzdem sei er aber natürlich etwas enttäuscht, dass nach fast 2 1/2-jähriger Abklärungszeit relativ wenig Handfestes sichtbar sei und somit etwas "Fleisch am Knochen fehle". Aus diesem Grund möchte er von Gemeinderätin Christine Bobst - die erwähnt habe, dass vorgesehen sei, im Budget einen festen Betrag für Massnahmen in den Bereichen "Energieeffizienz" und "erneuerbare Energieträger" einzustellen - gerne konkret wissen, ob im Budget 2012 mit einem solchen Betrag zu rechnen sei und in welcher Höhe dieser ausfallen werde.

Im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 10. Januar 2011 sei erwähnt, dass eine von der Stadt selber umzusetzende Massnahme darin bestehen könnte, eine Solaranlage auf dem Dach des Verwaltungsgebäudes zu installieren. In diesem Zusammenhang frage er Gemeinderätin Christine Bobst, ob es dazu schon einen Zeitrahmen gebe bis wann diese Massnahme umgesetzt werden könnte und ob diese Massnahme ein Teil des Aktionsplanes sei.

Die Abschreibung des Postulates werde nicht bestritten, da der eigentliche Prüfauftrag in der Tat erfüllt sei. Was aber nicht erfüllt sei, seien konkrete Taten. Er sowie wahrscheinlich andere auch erwarte darum, dass die Erläuterungen und Pläne nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben, sondern dass auch konkrete Aktionen folgen werden.

Erfreut habe er festgestellt, dass sich gemäss eines Artikels in der BZ vom letzten Samstag sogar der Stadtpräsident überlege, privat eine Photovoltaikanlage zu installieren. Das zeige, dass das Bewusstsein für diese Thematik sowie die Bereitschaft vorausschauend agieren zu wollen, in der Exekutive vorhanden sei. Frau Gemeinderätin Christine Bobst danke er zum Voraus für die Beantwortung seiner an sie gestellten Fragen.



Karin Rickli, SP/GL-Fraktion: Die umweltfreundlichste Energie sei die, die gar nicht gebraucht werde. Die SP/GL-Fraktion finde es daher gut, dass lokale Massnahmen in Betracht gezogen werden. Es gebe bereits Förderprogramme wie beispielsweise das Gebäudeprogramm des Bundes. In der Homepage der Stadt Langenthal fehle jedoch leider ein entsprechender Hinweis darauf, wogegen immer noch auf den Klimarappen hingewiesen werde, der bereits Ende 2009 ausgelaufen sei. Im Weiteren führen - wie Gemeinderätin Christine Bobst erklärt habe - die Industriellen Betriebe Langenthal (IBL), als youility-Partnerin der Stadt Langenthal, Förderaktionen durch. Die SP/GL-Fraktion sei der Auffassung, dass die Bevölkerung der Stadt Langenthal darüber aber zuwenig informiert sei. Die SP/GL-Fraktion wünsche sich diesbezüglich eine bessere und aktuellere Information der Langenthalerinnen und Langenthaler.

Die SP/GL-Fraktion stimme dem vorliegenden Antrag einstimmig zu.

Markus Gfeller, FDP/JLL-Fraktion: Die FDP/JLL-Fraktion stelle sich einmal mehr und einstimmig hinter den Antrag des Gemeinderates. Im Sinne einer Anmerkung stelle er fest, dass es selbstverständlich der Wunsch aller sei, Energie zu sparen. Wie Stadträtin Karin Rickli richtigerweise gesagt habe, sei die beste Energie die, die gar nicht gebraucht werde. In diesem Zusammenhang und speziell in Bezug auf die Traktanden Nr. 1 und Nr. 2 des heutigen Abends, rege er an, den ökologischen Aspekt damit zu fördern, für die Submission der zu vergebenden Aufträge kurze Anfahrtswege als Kriterium stark zu gewichten, womit auch lokale Anbieter berücksichtigt werden könnten.

Beat Sterchi: Mit dem vorliegenden Antrag sei er einverstanden, wogegen er sich mit den Ausführungen von Gemeinderätin Christine Bobst nicht vollständig einverstanden erklären könne: Gemäss Aussage von Gemeinderätin Christine Bobst brauche es ein Förderreglement, um Beiträge auszuschütten. Im gleichen Atemzug habe sie aber erklärt, künftig in Budgets so und so viel Geld für Aktionen und Beiträge vorzusehen. Mit diesem Vorgehen werde sie in der Finanzkommission auf harte Opposition stossen. Er sei der Meinung entweder Förderbeiträge auszurichten, wozu es ein Reglement brauche, oder Aktionen durchzuführen, worüber im Rahmen der Budgetierung noch diskutiert werden könne, ob dafür eine Position vorzusehen sei. Trotz herbeigeredeter Energiekrise würde er opponieren, sollten Gratisleistungen oder Förderbeiträge ohne entsprechendes Reglement ausgerichtet werden.

Manuel Ischi: Seines Erachtens sei es äusserst schwierig, den jährlich in der Investitionsrechnung zu budgetierenden Beitrag bzw. Kredit zur Förderung umweltbewusster Energien vom unmittelbaren politischen Willen, der Stimmung und des Befindens des Stadtrates abhängig zu machen. Die Art und die Kosten eines Projektes oder das Empfinden, was damit gemacht werden sollte, könnte Einfluss darauf haben, den jährlichen Beitrag zu kürzen, zu erhöhen oder gar zu streichen, was er als völlig falsch erachte. Seiner Ansicht nach sollte wieder einmal darüber nachgedacht werden, ob nicht - wie das vom Gemeinderat bereits zu einem früheren Zeitpunkt angeregt worden sei - ein Fonds eingerichtet werden sollte, über dessen Finanzierung der Stadtrat abstimmen könnte. Der Stadtrat könnte seinen Beschluss vielleicht in regelmässiger Frist später hinterfragen. Ansonsten - abhängig vom Verwendungszweck - könnte wirklich die Situation entstehen, dass der Kredit nicht gesprochen werde, zumal die Rede davon sei, unter Umständen einzelne, grössere Projekte von kommunaler Wichtigkeit unterstützen zu wollen. Das würde heissen, dass eventuell für ein oder zwei Jahre weniger ausgegeben würde, wogegen im dritten Jahr eine grössere Investition getätigt würde, um beispielsweise ein Solardach auf dem Verwaltungsgebäude zu finanzieren.

Nichts desto Trotz erachte er die Abschreibung des Postulat im Sinne der Antragstellung des Gemeinderates als richtig.



Gemeinderätin Christine Bobst: Stadtrat Manuel Ischi weise sie darauf hin, dass auch zur Einrichtung eines Fonds ein Reglement benötigt werde. Zudem wäre - da das Budget trotz vorhandenem Reglement in diesem Punkt gekürzt werden könnte - die Problematik des Anspruchs damit nicht gelöst.

Selbstverständlich werde der Gemeinderat ein Aktionsprogramm vorlegen und im Rahmen der Budgetierung somit sicher sagen können, was im Folgejahr geplant sei.

Antwort auf die Frage von Stadtrat Daniel Steiner, ob im Budget 2012 mit einem festen Betrag, in welcher Höhe gerechnet werden könne: Im Budget 2012 werde ein bestimmter Betrag eingesetzt sein, dessen Höhe jedoch noch offen sei. Der Gemeinderat vertrete die Auffassung jährlich einen Betrag ins Budget aufzunehmen.

Antwort auf die Frage von Stadtrat Daniel Steiner betreffend die Solaranlage auf dem Dach des Verwaltungsgebäudes: Obwohl ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss dazu noch nicht vorliege, das Thema von der Presse aber bereits aufgenommen worden sei, denke sie bereits heute sagen zu dürfen, dass das Dach des Verwaltungsgebäudes im Jahr 2013 saniert werden müsse. Die Sanierung sei in der Investitionsplanung berücksichtigt. Im Stadtbauamt werde momentan ein entsprechendes Geschäft vorbereitet, in welchem die Variante einer Solarstromanlage enthalten sein werde. Abhängig vom noch zu fassenden Gemeinderatsbeschluss, werde zu gegebener Zeit ein entsprechender Betrag in die Budgetierung 2013 aufgenommen.

Stadtrat Daniel Steiner habe auch die Energiesparbox der Stadt Burgdorf angesprochen. Diese Box sei via y-outility auch bei den IBL erhältlich. Aus ihr nicht bekannten Gründen hätten die Medien dieses Thema in Bezug auf Burgdorf extrem aufgeblasen.

Stadträtin Karin Rickli wünsche sich namens der SP/GL eine bessere Information der Bevölkerung. Der Gemeinderat nehme sich diesen Wunsch zu Herzen und sei ständig daran, die Kommunikation zu verbessern. In diesem Zusammenhang verweise sie auf das Kundenmagazin der IBL "**1to1 energy forum**", worin die Energiesparaktion der IBL sowie weitere Aktionen aufgeführt seien.

Auch mit Rechnungsversänden der IBL seien bereits zahlreiche Aktionen verschickt worden. Was die von Stadträtin Karin Rickli angesprochene Aktualität der Homepage der Stadt Langenthal betreffe, so werde die Aktualisierung umgehend veranlasst.

Stadtrat Beat Sterchi weise sie darauf hin, dass beispielsweise die 50+50 Solardachaktion der Stadt Burgdorf auch eine befristete Aktion gewesen sei, für die ein entsprechender Betrag habe gesprochen werden müssen. Gemäss Auskunft der Stadt Burgdorf sei dieses Aktionsprogramm ohne Reglement gestartet und durchgeführt worden. In Langenthal werde immer wieder betont, was doch Burgdorf Schönes mache. Wenn nun aber der Langenthaler Gemeinderat dasselbe (ohne Reglement) tun wolle, soll das plötzlich nicht mehr in Ordnung sein. ...

Der Gemeinderat habe sich auf die Durchführung von Aktionsprogrammen geeinigt, die mit einem bestimmten Betrag auf ein Jahr befristet seien. Im Folgejahr werde wieder eine befristete Aktion mit einem allenfalls anderen Betrag durchgeführt. Diesbezüglich sei die Politik und somit der Stadtrat gefordert, die Programmvorschläge, die zu gegebener Zeit unterbreitet werden, zu unterstützen.





Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat (umgewandelte Motion) Steiner Daniel (EVP) vom 18. August 2008 betreffend Förderbeiträge an Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger (erheblich erklärt am 15. Dezember 2008) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

4. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Ersatzwahl für den demissionierenden Lanz Willi [SVP])

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Patrick Freudiger, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion schlägt Albert Schaller, Kantonspolizist, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Geschäftsprüfungskommission vor.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

Albert Schaller, Kantonspolizist, (SVP), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

5. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Ersatzwahl für den demissionierenden Oppong Patric [jll])

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Pascal Dietrich, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion schlägt Lukas Felber, Student Recht & Betriebswirtschaft, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Geschäftsprüfungskommission vor.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

Lukas Felber, Student Recht & Betriebswirtschaft, (jll), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 24. Januar 2011: Anerkennung für die Eltern neugeborener Kinder; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: In Anbetracht der finanziellen Dimension der Geschäfte der Traktanden 1 und 2 und seinen Ausführungen von rund einer Stunde dazu, hätte er vom finanzpolitischen Standpunkt aus betrachtet nur etwa das Recht 10 Sekunden zur vorliegenden Motion zu sprechen. Bei der vorliegenden Motion gehe es aber nicht um finanzpolitische und auch nicht um investitionspolitische oder energetische Fragen, sondern um die Begrüssung von neugeborenen Langenthalerinnen und Langenthälern. Stadtrat Daniel Steiner verlange mit seiner Motion, dass der Gemeinderat beauftragt werde, die erforderlichen rechtlichen Grundlage zu schaffen, um den Eltern neugeborener Kinder ein Anerkennungsgeschenk zur Geburt (zum Beispiel Abfallmarken, Gutscheine) auszurichten, womit es um den Erlass eines Reglementes gehe.

Der Motionär äussere, dass in logischer Konsequenz zum Neuzuzügeranlass auch die jüngsten Einwohner Langenthals begrüsst werden sollen bzw. den Eltern Anerkennung und Wertschätzung entgegenzubringen sei. Es gehe dem Motionär einerseits also darum, eine gebührende Begrüssung der neugeborenen Neuzuzüger zu vollziehen und andererseits, ein Geschenk in irgend einer Form an die Eltern auszurichten. Zu diesem Zweck verlange der Motionär die Schaffung eines Reglementes.

Die Idee sei nicht neu. Bis Ende der 80er-Jahre sei den Müttern ein Beitrag an die Geburtshilfe von Fr. 75.00 ausgerichtet worden, was auf einem entsprechenden Reglement basiert habe. Der Motionär räume ein, dass dies zu Recht als nicht mehr zeitgemässe soziale Massnahme abgeschafft worden sei. Tatsache sei, dass in der heutigen Zeit die ärztlichen Kosten für Untersuchungen in der Schwangerschaft, die Geburtskosten und Nachuntersuchungskosten von der Krankenkasse abgedeckt seien, womit die Ausrichtung dieses Betrages wahrscheinlich auch keinen Sinn mehr mache.

Ein Vorstoss im Jahre 1989 habe dann zur Ausrichtung eines "Goldvrenelis" geführt. Eltern von neugeborenen Kindern haben ab 1992 bis 2003 ein "Goldvreneli" geschenkt bekommen. Auch dafür sei ein Reglement vorhanden gewesen. Aus Spargründen sei man von diesem Geschenk aber abgekommen und habe das entsprechende Reglement im Jahr 2003 aufgehoben. Mit der Motion liege nun diesbezüglich ein neuer Anlauf auf dem Tisch.

Der erste Teil des Anliegens, namentlich die Begrüssung von Neugeborenen, sei im direkten Bezug etwas schwierig, weil Neugeborene halt nur über die Eltern begrüsst werden können. Die Idee könne aber wirklich und in der Tat im Rahmen der Neuzuzügerbegrüssung einer näheren Überprüfung unterzogen werden. Vielleicht könnte das motionierte Anliegen direkt und prägnant auf den Neuzuzügeranlass angewendet werden, wozu es aber kein Reglement brauche.

Die entscheidende Frage betreffe die Ausrichtung eines Anerkennungsgeschenks. Der Gemeinderat habe diesen Punkt diskutiert und sich gefragt, wie beispielsweise das "Goldvreneli" damals in der Bevölkerung wahrgenommen worden sei, wer eigentlich das "Goldvreneli" erhalten habe (Eltern oder Kinder?) und was mit dem "Goldvreneli" - angesichts der verschiedenen Varianten (Aufbewahrung, Umtausch in Bares etc.) wohl geschehen sei.

Im Jahr 2003 sei der Wert eines "Goldvreneli" etwa Fr. 150.00 gewesen, wogegen der Wert heute zirka Fr. 250.00 betrage. Demzufolge ginge es für die Stadt Langenthal heute um einen Betrag von rund Fr. 35'000.00 (Annahme 140 Kinder à Fr. 250.00), womit es sich wie bereits erwähnt um keine finanzpolitische Frage handle. Anhand des "Goldvreneli-Beispiels" lasse sich aber das Dilemma aufzeigen, das im Zusammenhang mit solchen Geschenken ein Stück weit in Kauf genommen werden müsse.



Der Motionär verlange eine zeitgemässe Form der Anerkennung anzustreben. Dabei stelle sich Frage, was zeitgemäss heisse. Aus diesem Grund habe sich der Gemeinderat von den Ämtern ins Bild setzen lassen, was heute bereits alles gemacht werde. Die entsprechenden Rückmeldungen seien in den Auflageakten ersichtlich gewesen. Es gebe - angefangen bei der Unterstützung junger Familien durch die Pro Juventute-Elternbriefe bis hin zu Tagesbetreuungsmaßnahmen über die Vereinsunterstützungen oder letztendlich der Organisation einer würdigen Jungbürgerfeier - jene Angebote. Weiter erwähnenswert sei auch die steuerliche Entlastung nach Anzahl der Kinder einer Familie und die vor Kurzem in Langenthal eingeführte Massnahme der vergünstigten Eintrittspreise für Familien im städtischen Schwimmbad. Der Gemeinderat lehne nach Abwägung der Rückmeldungen die Motion ab. Dies mit der Begründung, dass bereits viele sinnvolle Massnahmen in Kraft seien und dass es doch recht problematisch sei, ein derartiges Anerkennungsgeschenk auch sinnvoll auszugestalten und zu legitimieren.

Zu den in der Motion vorgeschlagenen Beispielen halte er fest, dass Abfallmarken verteilt werden können, so lange Abfallmarken im Abfallreglement auch vorgesehen seien. Man könnte aber auch davon abkommen, womit Abfallmarken plötzlich nicht mehr zweckdienlich wären und eine neue Idee gesucht werden müsste. Was irgendwelche Gutscheine betreffe, so habe man beispielsweise schon mit dem Eintritt in das städtische Schwimmbad die Erfahrung gemacht, dass dies mit einem nicht unerheblichen administrativen Aufwand verbunden sei. Es bedürfe der Klärung, wer legitimiert sei und was alles in Bezug auf die Abrechnung, die Berechtigung usw. unternommen werden müsse. Nicht zuletzt und in der heutigen Zeit gelte es sich die Frage zu stellen, an welchen Empfänger das Anerkennungsgeschenk ausgerichtet werden soll, da nicht überall geordnete Verhältnisse herrschen, wo die Eltern verheiratet seien und in einem Haushalt leben.

Der Gemeinderat komme zusammenfassend zum Schluss, dass die Begrüssung von Neugeborenen auch ohne Reglement noch optimiert werden könne, indem die Adressen der Stadt verbessert mit dem Elternbrief der Pro Juventute verknüpft werden könnten. Auf der anderen Seite lehne der Gemeinderat die Schaffung eines Reglements zur Ausrichtung eines Elterngeschenkes aus den dargelegten Überlegungen grundsätzlich ab und empfehle dem Stadtrat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Daniel Steiner: Am heutigen Abend sei von Wertschätzung der Bildung die Rede gewesen, was die Stadt rund Fr. 19 Mio. und somit 1/5 des ganzen onyx-Geldes koste. Bei der vorliegenden Motion gehe es nun darum, Eltern oder Familien eine Anerkennung im Betrag von rund Fr. 35'000.00 zukommen zu lassen. ...

Der vorliegende Vorstoss beinhalte verschiedene Ausgangspunkte und Beweggründe:

- Vor mehreren Wochen sei er zufälligerweise in einer Schweizer Boulevardzeitung darauf gestossen, dass eine Schweizer Ortschaft den Eltern neugeborener Kinder eine Gratulationskarte des Gemeindepräsidenten und Abfallmarken zur Windel-Entsorgung zukommen lasse. Entsprechend überrascht sei er gewesen, als er hörte, dass die Stadt Langenthal bis 2003 etwas Ähnliches getan habe, indem sie den Eltern neugeborener Kinder ein "Goldvreneli" schenkte. Zugegebenmassen finde er ein "Goldvreneli" nicht gerade die kreativste und modernste Art, frischgebackene Eltern zu beschenken. Die Grundidee aber, Elternarbeit anzuerkennen und wert zu schätzen, finde er immer noch top-aktuell, so dass diese weiterverfolgt werden sollte.
- Langenthal rühme sich immer wieder, kinder- und familienfreundlich zu sein, was auch schon mehrmals unter Beweis gestellt worden sei. Der Stadtrat habe an der Januarsitzung einer Standortbestimmung zur familienfreundlichen Stadt zugestimmt. Ein Vorstoss für ein Gesamtkonzept Kinderspielplätze sei in der Vergangenheit ebenso überwiesen worden, wie ein Postulat, das sich gegen eine Wertstoff-Sammelstelle in unmittelbarer Nähe zum Kindergarten Oberfeld gerichtet habe.



Zum Vorstoss: Die Idee, Eltern neugeborener Kinder ein Geschenk auszurichten, wäre in der Schweiz keine Einmaligkeit:

- Die Gemeinde Thayngen schenke den Eltern neugeborener Kinder einen Gutschein für eine Familien-Entlastung von 3 Stunden.
- Die Stadt Zürich schenke armen Eltern, bei der Geburt ihres Kindes Fr. 200.00 bar auf die Hand.
- In Gemeinden der Westschweiz bezahlen Familien mit Kleinkindern nichts für die Entsorgung der Windeln.
- Die Gemeinde Cham überreiche den jährlich 600 Neugeborenen ein von einer sozialen Institution hergestelltes Windlicht.

Die Beispiele zeigen, dass etliche Gemeinden der Elternarbeit Wertschätzung entgegen bringen und diese anerkennen, was nicht in Form eines "Goldvernelis" oder Abfallmarken sein müsse. Diese Gemeinden zeigen damit auf, dass familiäre Erziehungs- und Bildungsarbeit keine Selbstverständlichkeit sei und dass Kinder bzw. Familien in der Stadt auch willkommen seien. Immerhin stellen die Neugeborenen bei wirtschaftlicher Betrachtung die Existenz einer Gemeinde sicher. Sie werden 18 Jahre später zu den Steuerzahlenden gehören und sich hoffentlich auch für das Gemeinwesen engagieren.

Ein Anerkennungs Geschenk für die Eltern neugeborener Kinder wäre eine sympathische und menschliche Geste der Stadt, die von der Bevölkerung geschätzt würde. So, wie die persönliche Ehrung von Senioren immer wieder positive Reaktionen hervorruft, so würde ein Anerkennungs Geschenk an frischgebackene Eltern mit Sicherheit auch positiv aufgenommen. Wann sonst könne sich das Gemeinwesen von einer so persönlichen und positiven Seite zeigen, als im Falle eines solch erfreulichen Ereignisses wie das einer Geburt oder eines hohen Alters. Er sei der Meinung dass die Bürger die Arbeit der Stadt auch von einer anderen Seite kennenlernen sollten, als nur in Verbindung mit Steuererklärungen, Abstimmungscouverts, Entsorgungskalender oder Parkbussen.

Welche Argumente könnten gegen ein solches Anerkennungs Geschenk sprechen?

- Die Finanzen: Bei rund 150 Geburten pro Jahr würden sich die finanziellen Aufwendungen für die Stadt im Rahmen halten. Ausgehend von einem bescheidenen Geschenk im Umfang von Fr. 50.00, ergäbe dies Kosten von Fr. 7'500.00 pro Jahr. Der Vergleich möge an den Haaren herbeigezogen sein, aber der Gemeinderat habe - auch als symbolische und wichtige Geste - vor wenigen Tagen Fr. 10'000.00 an die Erdbebenopfer in Japan überwiesen, was die Frage aufwerfe, wie viel mehr Wert uns unsere jüngsten Einwohner sein müssten.
- Aufwand: Ein Anerkennungs Geschenk für Eltern neugeborener Kinder sei mit einem gewissen administrativen Aufwand verbunden. Dabei könnten aber problemlos bestehende Synergien genutzt werden, da die Adressen der neugeborenen Kinder schon heute von der Einwohnerkontrolle an die Mütter- und Väterberatung gemeldet werden. Wenn der Stadtpräsident behaupte, dass dies in gewissen Fällen nicht möglich sein soll, frage er sich persönlich schon, wen denn die Einwohnerkontrolle heute anschreibe, wenn nicht die Inhaberin oder den Inhaber der elterlichen Gewalt. Der Schritt zu einem persönlichen Brief wäre nicht mehr gross, da ja die Adressen sowieso schon vorhanden seien.
- Bestehende Dienstleistungen: Die Aufstellung der bestehenden Dienstleistungen für Kinder und Jugendliche habe ihn positiv überrascht: Die Stadt Langenthal habe ein grosses Dienstleistungsangebot im Bereich Kinder/Jugendliche. Offen sei, wem dies bekannt sei. Gibt es Mütter und Väter die sich eigentlich bewusst seien, wie viel die Stadt Langenthal bereits für ihre Kinder tue. Dies könnte problemlos als Ausgangspunkt für das vorgeschlagene Anerkennungs Geschenk genutzt werden. Er könnte sich vorstellen dass ein solches Geschenk zum Beispiel aus einem Gratulationsschreiben des Stadtpräsidenten, einem Gutschein der Stadtvereinigung im Betrag von Fr. 50.00 und einem Faltblatt mit den städtischen Dienstleistungen für Kinder und Jugendliche bestehen könnte. Damit könnte frischgebackenen Eltern Anerkennung entgegen gebracht und gleichzeitig die Familien- und Kinderfreundlichkeit der Stadt Langenthal dokumentiert werden, nach dem Motto: *"Wir tun schon viel Gutes, somit können wir auch darüber sprechen!"*



Im Volksmund werde immer wieder gesagt: *"Was nicht viel kostet, ist nichts wert."* Dies sei bei dieser Idee nicht der Fall. Ein Anerkennungsgeschenk für Eltern neugeborener Kinder würde nicht alle Welt kosten, aber unmissverständliche Signale aussenden, was für das Image der Stadt wirklich wertvoll wäre. Langenthal könnte in Verbindung gebracht werden mit Stichworten wie familien- und kinderfreundlich, offen und menschlich, etc., etc.

So, wie in Langenthal regelmässig Neuzuzüger/-innen eingeladen werden, um die Stadt kennenzulernen, so sollte auch etwas auf die jüngsten Einwohner/-innen Adaptiertes stattfinden - wobei natürlich die Eltern dieser Kinder betroffen seien. Er bitte um Unterstützung der Motion, damit die Stadt nicht mehr und nicht weniger ein sympathisches Zeichen gegenüber Kindern und Familien setzen könne.

Helena Morgenthaler, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion schliesse sich der Meinung des Gemeinderates an und werde die vorliegende Motion nicht erheblich erklären, weil man sich bewusst sei, was die Stadt Kindern ab dem Säuglingsalter bis sie etwa 17 Jahre alt seien (Ende Volksschulzeit) bereits alles biete. Der Stadtpräsident habe die verschiedenen in den Akten nachlesbaren Punkte aufgezählt. Die SVP-Fraktion erachte diese enormen Leistungen als schätzenswert. Eltern mit Kindern nehmen diese Leistungen gerne entgegen und seien froh darüber. Auch die SVP-Fraktion habe sich herumgehört und erfahren, dass auch in Aarau, Zofingen, Herzogenbuchsee und Burgdorf keine zusätzlichen Anerkennungsgeschenke ausgerichtet werden.

Die SVP-Fraktion sei der Ansicht, mit der Situation zufrieden zu sein und sie zu belassen wie sie sei. Die Ausrichtung von Prämien dieser Art werde von der SVP-Fraktion gerne der Initiative Privater überlassen. Beispielsweise der Aargauischen Kantonalbank, die jedem Kind, das im Spital Zofingen zur Welt kommt, zur Geburt ein Banksparheft mit Fr. 20.00 eröffne.

Nathalie Scheibli, SP/GL-Fraktion: Stadträtin Barbara Graf Baumgartner habe zur Geburt ihrer beiden Söhne im Jahr 1999 und 2001 von der Stadt ein "Goldvreneli" erhalten und habe dies als eine wertschätzende Geste der Stadt sehr geschätzt. Kinder auf die Welt zu stellen, habe dazumal einen Stellenwert gehabt und sei von der Stadt zur Kenntnis genommen worden. Als sie im Jahre 2004 und im Jahr 2007 ihre beiden Söhne geboren habe, habe sie, in diesem für sie so wichtigen Lebensabschnitt von der Stadt kein Zeichen wahrgenommen. Sie sei von den Sparmassnahmen und den damit verbundenen Folgen getroffen worden.

In der SP/GL-Fraktion sei darüber diskutiert worden, welche Geschenke den Eltern am besten gefallen und nützen würden. Die SP/GL-Fraktion finde, dass die Eltern nach der Geburt selber zwischen etwas Nützlichem oder etwas Symbolhaftem wählen können. Diese kleine Investition wäre ein grosses Zeichen für die Betroffenen und eine wertschätzende Haltung gegenüber dem Entscheid, eine Familie mit Kind zu gründen. Die Motion sei ein kleiner aber nicht unwesentlicher Schritt in die Richtung einer noch etwas kinderfreundlicheren Gemeinde.

Die SP habe schon im Jahre 1989 die Anerkennung für neugeborene Langenthaler Bürgerinnen und Bürger befürwortet. Die SP/GL-Fraktion unterstütze deshalb das Anliegen auch 22 Jahre später und empfehle die Erheblicherklärung der Motion. Sie persönlich traue der Stadt zu, für die Übergabe eines Zeichens genug Phantasie zu haben. Ansonsten wäre sie gerne bereit, unentgeltlich mitzudenken.

Beatrice Lüthi, FDP/JLL-Fraktion: Es gehe um ein freudiges Ereignis und um ein Anerkennungsgeschenk. Wertschätzung sei wichtig und könne auch zum Ausdruck gebracht werden. Bei der Idee von Stadtrat Daniel Steiner handle es sich um ein Geschenk.

Die FDP/JLL-Fraktion sei der Meinung, dass ein Geschenk in diesem Sinne eigentlich nie richtig sei. Bei einem kulturellen Geschenk sei fraglich, ob damit der Geschmack getroffen werde. An einem "Goldvreneli" hätten auch nicht alle Leute Freude, weil sie vielleicht auch gar nicht wissen, welche Idee dahinter stecke. Die FDP/JLL-Fraktion denke, dass auch die Ausrichtung von Gutscheinen für's Kinderhüten kaum umsetzbar sei. Die FDP/JLL-Fraktion habe den Eindruck, ob für die Geburt eines Kindes nun ein "Guddeli" oder eine Prämie winke, der damit verbundene relativ grosse Aufwand eine fragliche Wirkung habe. Fraglich sei auch, ob damit die Freude der Eltern getroffen werde und ob damit wirklich ein Nutzen erzielt werde.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Als 20-Jährige habe sie von der Gemeinde Herzogenbuchsee nette Heftchen erhalten. Leider sei die Zustellung immer an Fräulein Beatrice Lüthi erfolgt, weshalb sie eines der Heftchen eines Tages eingeschrieben und mit dem Kommentar versehen, die Zustellung doch sein zu lassen, zurückgeschickt habe. Sie persönlich denke, dass eine Geste dieser Art von der Gemeinde nicht wirklich konstruktiv und positiv sei.

Wie bereits erwähnt, sei Wertschätzung wichtig und könnte auch zum Ausdruck gebracht werden, aber vielleicht müsse Wertschätzung nicht an ein Geschenk gehaftet, sondern mit der Anerkennung verknüpft werden. Anerkennung sei wichtig, wozu aber Strukturen wichtig seien, weil der Entscheid für oder gegen Kinder von den Strukturen und nicht von Geschenken zum freudigen Ereignis abhängen. Wer als Frau Karriere machen wolle, sei sich dessen bewusst.

In diesem Sinne stellen die Strukturen ein Killerkriterium für das motionierte Anliegen dar. Der Ansatz der FDP/JLL-Fraktion basiere deshalb darauf ("neudeutsch" ausgedrückt) ein Children-Mainstreaming an der Familie zu machen, wozu Regelungen, und Strukturen wichtig seien, damit sich Familien mit Kindern als wichtige Elemente der Stadt Langenthal erkennen können. Dies umfasse, die Kinderbetreuung, die Ausbildung, auch die Steuern, die Beratungs- und Unterstützungsangebote und sogar der Eintritt in die Badi. Somit werde nicht nur das Ereignis an sich, sondern letztlich der ganze Zustand für eine etwas längere Zeit etwas freudiger, so dass nicht plötzlich die Lust entstehen könnte, die Abfallmarke einer Windel anzukleben, worin das freudige Ereignis noch drin stecke.

Die FDP/JLL-Fraktion denke, dass Gratulation und Information eine Anerkennung darstelle, was aber letztlich keiner Rechtsgrundlage bedürfe. In Burgdorf beispielsweise, läuten jeden Freitag Morgen die Glocken für alle Kinder, die in dieser Woche zur Welt gekommen seien. Das sei zwar schön, könne und wolle vom Stadtrat aber vielleicht nicht gleich verordnet werden. Die FDP/JLL-Fraktion denke, dass wenn die Gemeinde die Eltern begrüsse und damit über bereits bestehende Möglichkeiten informiere und sich der Stadtrat und der Gemeinderat immer bewusst seien, was es heisse Kinder bzw. eine Familie zu haben, dann werde damit mehr Wertschätzung und Anerkennung ausgedrückt, als wenn irgend ein Geschenk - ob ausgelesen oder nicht - abgegeben werde.

Die FDP/JLL-Fraktion lehne die Motion als auch ein allfälliges Postulat grossmehrheitlich ab.

Daniel Rüegger, EVP/glp-Fraktion: Die Idee, neugeborenen Kindern eine Anerkennung auszurichten, sei nicht neu. Leider sei diese Geste den Sparmassnahmen in den finanziell schwierigen Zeiten zum Opfer gefallen. Mit der Motion von Stadtrat Daniel Steiner werde diese Geste neu aufgerollt. Der Willkommensgruss wäre aus finanzieller Sicht kein grosser Ausgabeposten, was wohl allen klar sei. Er würde als Zeichen der Wertschätzung verstanden und könnte zudem als Puzzleteilchen des Standortmarketings angeschaut werden.

Obwohl die Geburt seiner Tochter schon ein paar Jahre zurück liege, seien ihm die Willkommensgrüsse und das Geschenk in Erinnerung geblieben. In diesem Sinne bitte er im Namen der EVP/glp-Fraktion, dem Vorstoss zuzustimmen.

Stefan Ryser: Von Geschenken und von Anerkennung sei viel gesprochen worden. Darüber wie gross das Geschenk sein soll, ob es passe, oder nicht, ob es sinnvoll sei, oder eben nicht, ob es richtig sei, oder falsch, lasse sich immer streiten. Obwohl es im Moment nicht so aussehe, dass er Vater werde, wisse er, dass er an etwas Kleinem Freude habe. Das Geschenk an sich sei Nebensache, wichtig dagegen sei, dass jemand anlässlich eines freudigen Ereignisses an einen denke.

Florinda Wallkamm-Mauricio: Die Abgabe von individuellen Geschenkgutscheinen oder nach dem Giesskannenprinzip verteilte Geschenke, könne sie nicht unterstützen. Allerdings finde sie den bereits erwähnten Willkommensgruss in rein schriftlicher Form als sympathische Geste, mit dem der Anerkennung Ausdruck verliehen werden könnte. Es werde bereits Vieles gemacht. Sie könnte sich als Zeichen der Anerkennung vorstellen, dass sich der Gemeinderat überlege, die Eltern künftig (jährlich oder alle zwei Jahre) in Form eines Elternbildungstages zu unterstützen, wie er dieses Jahr im Rahmen der 1150-Jahr-Feier stattfinden werde. Damit liesse sich eine nachhaltige und präventive Wirkung erzielen, was letztlich den Kindern, den Eltern sowie der ganzen Gesellschaft zu Gute käme.



Samuel Köhli: Auch er finde, dass eine kleine Anerkennung an die Eltern von Neugeborenen wenig bringe. Man dürfe nicht vergessen, dass die herzigen Kleinen später Anspruch auf Freizeit und Ausgang erheben werden. Von den Behörden und vom Gemeinderat werde der Ausgang der Jugendlichen mit Rauchen, Trinken und Sachbeschädigung in Verbindung gebracht und wahrgenommen. Gemäss der Pressemitteilung des Gemeinderates vom 16. März 2011 werde mit Überwachung und Repressionen reagiert - soviel zur Familienfreundlichkeit. ...

Pubertierende Jugendliche zu erziehen und zu führen sei für Eltern oft sehr schwierig. Er finde, dass man den Eltern Anerkennung und Unterstützung bieten sollte. Niederbipp, Aarwangen, Grenchen, Olten und viele andere Gemeinden bieten den Jugendlichen an Samstag Abenden offene Turnhallen an (Midnight-Sports). Eine solche Unterstützung sei für ihn persönlich ganz bestimmt wertvoller als Geschenkgutscheine. Er werde der Motion nicht zustimmen und hoffe, dass Stadtrat Daniel Steiner bald einen neuen Vorstoss zur Förderung einer aktiven und friedlichen Freizeitkultur für Jugendliche lancieren werde und zwar eine Kultur ohne Videoüberwachung.

Beat Sterchi: In die von Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio aufgezeigte Richtung müsste es auch seiner Meinung nach gehen. Abfallmarken für Windeln oder Waren- und Geschenkgutscheine abzugeben, halte er für keine geeigneten Mittel, um Wertschätzung auszudrücken, da es sich dabei eher um eine Subventionierung des lokalen Detailhandels handle und mit Kindern wenig oder gar nichts zu tun habe. Auch kulturelle Veranstaltungen im Stadttheater oder Ähnliches mache in Begleitung eines zweimonatigen Kindes keinen Sinn. Seiner Meinung nach, mache keiner der in der Motion aufgeführten Vorschläge Sinn. Wenn kein sinnvoller Vorschlag vorliege, dann werde - wie in dies offenbar in verschiedenen Gemeinden der Falle sei - eine finanzielle Entschädigung ausgerichtet, was klar nicht gewollt sei. Der Motion fehle eine zündende Idee, womit wirkliche Wertschätzung zum Ausdruck gebracht werden könne. Er erachte die vorliegenden Vorschläge ehrlich gesagt eher als groben Unfug, als dass damit die Eltern Ernst genommen werden könnten.

Daniel Steiner: Es sei schön wenn eine Kantonalbank ein "Goldvreneli" schenke, oder ein Konto eröffne, bei der vorliegenden Motion gehe es aber nicht um die Initiative Privater, sondern um die Rolle der Stadt zu diesem Thema. Die ganze Zeit werde von der Form der Ausrichtung gesprochen, obwohl nicht die Form ("Goldvreneli" oder Theatergutschein etc.?) sondern die Grundsatzfrage, Elternarbeit wertschätzen zu wollen oder nicht, im Vordergrund stehen sollte. Wie eine Ausrichtung schlussendlich aussehen könnte, müsste der Gemeinderat in entsprechenden gesetzlichen Grundlagen festlegen.

Was die Wirkung betreffe, möchte er gerne von Stadträtin Helena Morgenthaler wissen, wie sie denn die Wirkung der Seniorenehrungen einschätze. Auch bei diesen Ehrungen werde davon ausgegangen, dass die Senioren Freude daran haben, obwohl wahrscheinlich auch noch nie evaluiert worden sei, ob das wirklich so sei. Davon ausgehend, dass so ein Geschenk oder Anerkennung ankomme und wertgeschätzt werde, verhalte es sich bei den Eltern genau so.

Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio spreche ihm in Bezug auf die Strukturen absolut aus dem Herzen. Er unterstütze Tagesschulen sowie externe Kinderbetreuung, die er selber auch gerne in Anspruch nehme. Bei der vorliegenden Motion seien aber nicht die Strukturen das Thema, sondern die Frage, was bei einer Geburt gemacht werden soll oder nicht.

Abschliessend möchte er wissen, ob der von Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio erwähnte Elternbildungstag allenfalls im Rahmen der Motion als Anerkennungsgeschenk interpretiert werden könnte, womit es möglich wäre, das Eine zu tun und das Andere nicht zu lassen.



Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Parlamentsdebatte sei sehr interessant. In aller Deutlichkeit halte er fest, dass weder er als Stadtpräsident noch seine Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat irgend etwas gegen die Anerkennung von jungen Familien haben. Die Diskussion habe gezeigt, dass dieser Punkt einer Differenzierung bedürfe. Gerne nehme er den Gedanken auf, Familien mit neugeborenen Kindern mit einem Anerkennungsschreiben gleich zu begegnen, wie dies bei den Jubilaren der Fall sei. Dafür sei jedoch kein Reglement notwendig.

Die Frage des Anerkennungsgeschenkes drehe sich aus seiner Sicht insbesondere um den Punkt der Symbolik oder um den des materiellen Wertes. Auch zur Organisation eines gewissen Tages, brauche es kein Reglement. Diese Information könne im Anzeiger publiziert werden. Wenn aber ein materielles Geschenk definiert werde, brauche es reglementarische Grundlagen. An dieser Stelle bitte er um Verständnis dafür, dass die Exekutive aus ihrer Optik eine etwas andere Sichtweise habe. In diesem Zusammenhang erinnere er an die Situation vor einigen Jahren, als wegen eines Fehlers die Ölfeuerungsthematik betreffend, ein "Fünfliber" habe zurückerstattet werden müssen. Die Rückerstattung habe damals zu einem riesigen Theater und zu zahlreichen Voten im Stadtrat geführt, ob die Rückerstattung an die Betroffenen rechtmässig und richtig erfolgt sei oder nicht. Anhand dieses Vorfalles lasse sich aufzeigen, dass der Anspruch der Öffentlichkeit an materiellen Geschenken, die von der Stadt jemandem gemacht werden sollen, ein anderer sei, als wenn ein Privater Geschenke verteile. Der Öffentlichkeit sei es gleich, ob der Private Leute vergesse, oder das Geschenk an einen Falschen verteile.

Was die Symbolik betreffe, stelle er Einigkeit zwischen Stadtrat und Gemeinderat fest. Das gleiche gelte auch in Bezug auf die Wertschätzung in Form eines Anerkennungsbriefes. Bei der Übergabe eines materiellen Wertgegenstandes sei die Haltung jedoch geteilt. Der Gemeinderat halte an seiner Empfehlung, die Motion nicht erheblich zu erklären, fest.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Nein gegen 17 Stimmen Ja (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Die Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 24. Januar 2011: Anerkennung für die Eltern neugeborener Kinder wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



7. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Einbürgerungen in der Stadt Langenthal: Neue Regelung ab 1.1.10, erste Erfahrungswerte ; Information

Gemeinderat Rolf Baer: Im Zusammenhang mit den geänderten Einbürgerungsbestimmungen des Kantons Bern seien immer wieder Fragen zur aktuellen Handhabung gestellt worden, welche an dieser Stelle soweit wie möglich beantwortet werden sollen:

Seit dem 1. Januar 2010 müsse jede einbürgerungswillige Person einen Sprachtest (Niveau A2 gemäss europäischem Sprachportfolio) bestehen und danach einen Einbürgerungskurs besuchen. Ausgenommen davon seien Antragstellende, welche in der Schweiz mindestens drei Jahre den obligatorischen Schulunterricht besucht haben.

Die Gemeinde Langenthal habe in sehr guter Zusammenarbeit entsprechende Leistungsvereinbarungen mit den beiden Anbietern auf dem Platz Langenthal ausgearbeitet: Der Sprachtest werde von interunido und der Einbürgerungskurs von der Kaufmännischen Berufsschule Langenthal durchgeführt. Die entsprechenden Vereinbarungen seien Ende Mai 2010 unterzeichnet worden. Die Vorlagen seien auch den obernörschlichen Gemeinden zur Verfügung gestellt worden, so dass einbürgerungswillige Personen aus den obernörschlichen Gemeinden die Kurse ebenfalls in Langenthal absolvieren.

Der Sprachtest beinhalte einen mündlichen und einen schriftlichen Teil. Die Kosten von Fr. 230.00 gehen zu Lasten der Teilnehmenden. Im Jahr 2010 haben 18 Einbürgerungswillige mit Wohnsitz in Langenthal den Sprachtest abgeschlossen. Davon haben 12 Teilnehmende das Niveau A2 erreicht oder übertroffen, 6 Personen haben den Test nicht bestanden. Eine Person davon besuche jetzt bei interunido einen Deutschkurs. Zum Deutschtest, welcher am 2. April 2011 geplant sei, haben sich bereits 5 Personen angemeldet.

Der Einbürgerungskurs umfasse 16 Lektionen à 45 Minuten. Auch hier seien die Kosten von Fr. 320.00 durch die Teilnehmenden zu tragen. Der Kurs beinhalte die Themenbereiche: Die Schweiz / Staat und Zivilgesellschaft / Überblick über die wichtigsten Politikbereiche / Wirtschaft und Recht / Die Region Oberrörsch / Langenthal.

Im Jahr 2010 haben 7 Personen aus Langenthal den Einbürgerungskurs erfolgreich abgeschlossen. Die Kurse seien von den Teilnehmenden sehr gut aufgenommen worden. Im laufenden Kurs, welcher am 28. März 2011 (heute) beendet sein werde, nehmen 6 Personen aus Langenthal teil. Für den nächsten Einbürgerungskurs, welcher am 27. April 2011 beginne, haben sich bereits 3 Personen aus Langenthal angemeldet.

Politisch von Interesse könnte sein, dass im Jahr 2010 spürbar weniger Gesuche als im Vorjahr eingereicht worden seien (rund 35% weniger). 2010 seien 37 Einbürgerungen beantragt worden (inkl. zweier Familien), insgesamt betreffe es 45 Personen.

Durchschnittlich 1/4 der Antragsstellenden ziehe das Gesuch aus diversen Gründen vor der Behandlung durch die Kommission für öffentliche Sicherheit (KöS) zurück. 1/5 der Gesuche werde von der KöS zurückgestellt. Die KöS müsse vermehrt Gesuche ablehnen.

Der Kanton habe die Gemeinden verpflichtet, bis Ende Jahr 2011 sämtliche Einbürgerungsgesuche zu bearbeiten, welche bis am 31. Dezember 2009 (also vor Inkraft-Treten der neuen Regelung) bei den Gemeinden eingereicht worden seien. In Langenthal seien per Ende Dezember 2010 noch 23 Einbürgerungsgesuche aus dem Jahr 2009 pendent gewesen (wobei es sich nicht um die "einfachsten Fälle" handle). 20 Gesuche seien per Ende März 2011 durch die KöS bereits behandelt worden. Davon seien 7 abgelehnt und 2 zurückgestellt worden. Die entsprechenden Anträge gehen an den Gemeinderat.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8 A. Eingereichte Motion Rickli Karin und Aeberhard Anna (beide GL) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2011: Stopp Atomstrom in der Stadt Langenthal

Motionstext:

"Motion Stopp Atomstrom in der Stadt Langenthal

Der Gemeinderat wird aufgefordert, rasch möglichst eine Stromversorgung ohne Atomstrom anzustreben. Ziel ist es, dass keine städtischen Liegenschaften und Anlagen mehr mit Atomstrom betrieben werden.

Begründung:

Es gibt viele Gründe, welche gegen Atomstrom sprechen. Die wichtigsten sind:

- *Atomstrom ist nicht sicher, ein Restrisiko kann nie ausgeschlossen werden.*
- *Für die Entsorgung des Atommülls ist noch immer keine Lösung in Sicht.*

Was das «Restrisiko» bedeutet, können wir momentan täglich mit verfolgen. Die Lage in Japan ist furchtbar und macht uns alle betroffen. Ein Ende der Katastrophe ist nicht in Sicht.

Weltweit gibt es immer noch keine Lösung, wo und wie der radioaktive Abfall über hunderttausende von Jahren gelagert werden kann.

Hinzu kommt, dass Investitionen in den Neubau von Atomkraftwerken enorme Investitionen binden, die dann nicht in die Forschung und Förderung erneuerbarer Energien fliessen. Der wirtschaftliche Nutzen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind bei erneuerbarer Energie wesentlich grösser und das Geld bleibt in der Schweiz.

Mit dem Verzicht auf Atomstrom können wir alle sofort einen kleinen Beitrag leisten, damit es in der Schweiz nie zu einer Katastrophe kommt und die erneuerbaren Energien gefördert werden. Die Stadt sollte ein Zeichen setzen und als gutes Beispiel für ihre Einwohner voran gehen. Wenn sich die Konsumenten klar gegen Atomstrom aussprechen und somit kein Markt mehr für Atomstrom existiert, wird er auch nicht produziert."

Karin Rickli, Anna Aeberhard und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- _____



8 B. Eingereichte Motion Marti Bernhard (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2011: Korkrecycling in Langenthal

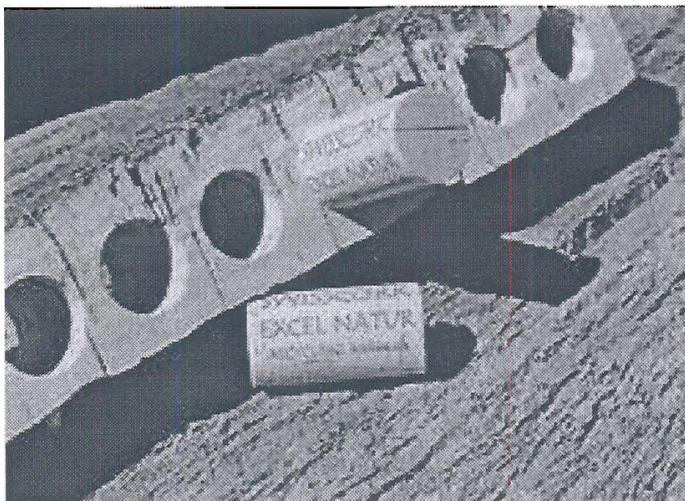
Motionstext:

"Motion Korkrecycling in Langenthal

Der Gemeinderat wird mit der Errichtung einer Korksammelstelle beauftragt.

Begründung:

Kork ist ein natürlich gewachsener Rohstoff, der sich zu 100% wiederverwerten lässt. Noch immer sind 30% bis 40% der in der Schweiz abgefüllten Weine und die Mehrzahl der aus dem Ausland importierten Weine mit einem Zapfen aus Kork verschlossen. Dieses Naturprodukt ist für eine einmalige Nutzung als Flaschenverschluss zu wertvoll. Korken sammeln bedeutet auch, Abfall berge zu verringern und das Bewusstsein für den Umweltschutz zu verstärken.



Um die Korkzapfen zu recyceln, werden sie zu Schrot und Granulat zermahlen und zu Presskork weiterverarbeitet. Presskork eignet sich als Vibrationsschutz und Trittschall-Isolation im Bau oder für Fussbette in der Schuhindustrie. Kork ist ein natürlicher Hartschaum und ideal zur Wärme- und Schallisolierung. Was die Rinde in der Natur ist, das zeichnet Kork auch im technischen Einsatz aus.

Während z.B. in der «Kornblume», auf Initiative eines Kunden (Urs Siegfried, Langenthal) hin, seit Jahren Kork gesammelt wird und durch den Initiant selbst, notabene kostenpflichtig, in Burgdorf dem Recycling zugeführt wird, fehlt der Stadt Langenthal ein solches Angebot. Gemäss den Angaben des Zuständigen der Baudirektion Burgdorf, wird das Angebot rege genutzt. Die Schaffung einer Korksammelstelle im Werkhof (Lagerweg 1e) neben den andern Sammelbehältern für Altöl oder Kaffeekapseln ist daher angezeigt. Kosten und Aufwand für die Schaffung einer Sammelstelle sind verschwindend gering. Die gesammelten Korkzapfen sollen schliesslich einer geeigneten Wiederverwertung zugeführt werden. So z.B. den Korkmühlen in Näfels¹ oder anderen ähnlichen Einrichtungen.

Bestimmt wird aber nicht nur Naturkork in den Sammelbehälter gelangen. Die Sortierung würde z.B. ein Beschäftigungsprojekt in der Nähe von Näfels übernehmen, könnte aber auch in Langenthal selbst resp. in Roggwil im PvBmaxi.mumm² vorgenommen werden.

Bernhard Marti und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

¹ <http://www.korken.ch/>

² <http://www.maximum.ch/>



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8 C. Eingereichte Motion Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2011: Erhöhung der Sitzungsgelder

Motionstext:

"Motion «Erhöhung der Sitzungsgelder»

Der Gemeinderat wird gebeten, eine der Zeit entsprechende Anpassung der Sitzungsgelder und Delegationsentschädigungen für Behördenmitglieder (Art. 80 Personalreglement) vorzunehmen.

Begründung:

Die Sitzungsgelder für die Mitglieder des Stadtrates wurden seit der In-Kraft-Tretung des aktuell gültigen Personalreglements vom 01. Juli 1997 nicht mehr angepasst. **Gemäss Personalreglement Art. 80 werden die Mitglieder des Stadtrates momentan wie folgt entlöhnt:**

- 30.00 CHF für Sitzungen von weniger als 3 Stunden und für Delegationen
- 80.00 CHF für Sitzungen von mehr als 3 Stunden

Eine Gegenüberstellung mit anderen kommunalen Parlamenten im Kanton Bern zeigt auf, dass eine Anpassung gerechtfertigt ist. In diesen Vergleichsorten sind die Ansätze bis zu 400% höher als in Langenthal.

Bern:	Sitzung bis 3 Stunden	80.00 CHF
Biel:	Sitzung bis 3 Stunden	85.00 CHF
	Sitzung ab 3 Stunden	120.00 CHF
Burgdorf:	Sitzung bis 4 Stunden	50.00 CHF
	Sitzung ab 4 Stunden	100.00 CHF
Interlaken:	Sitzung bis 3 Stunden	40.00 CHF
Thun:	Sitzung bis 2 Stunden	100.00 CHF
	Für jede weitere Stunde	50.00 CHF

Auf keinen Fall soll man sich aufgrund der Sitzungsgelder übermässig bereichern können. Indessen ist zu berücksichtigen, dass zusätzlich zur Sitzungsdauer ein bedeutender Zeitaufwand für die Vorbereitung notwendig ist, wodurch die heutigen Sitzungsgelder nicht mehr zeitgemäss sind."

Pierre Masson und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

9. In eigener Sache

■ Energiesparwoche Stadt Langenthal von Freitag 25. bis Donnerstag 31. März 2011

Energiesparwoche
Stadt Langenthal

Fr. 25. bis Do. 31. März 2011

Wussten Sie,
dass Langenthal seit 1999 Energiestadt ist?
Energiestädte fördern erneuerbare Energien, umweltverträgliche Mobilitätsformen und setzen auf eine effiziente Nutzung der Ressourcen.

Die Energiesparwoche der Stadt Langenthal 2011, welche von Sponsoren und Partnern unterstützt wird, hat zum Ziel, der Langenthaler Bevölkerung unterschiedliche Energiethemen mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktivitäten näher zu bringen. Ganz im Sinne des Labels Energiestadt.

Sämtliche Anlässe sind kostenlos – nutzen Sie das Angebot!

Energiesparwoche – ein Projekt der Stadt Langenthal

Sponsoren:

DDC DIGITAL DRUCKCENTER
FLYER Innovation in Mobility
pvenergie
Industrielle Betriebe Langenthal
Kino Capitol Langenthal

Kontakt:
Stadtverwaltung Langenthal
Fachstelle Umwelt/Energie
Herr Alain Perrenoud
Jurastrasse 22, 4901 Langenthal
Telefon: 062 916 22 96
E-Mail: alain.perrenoud@langenthal.ch

Infos: www.langenthal.ch → siehe "News"

Partner:

ALTE MÜHLE
f r k o m m
VELORAMA
ENERGIE ZUKUNFT SCHWEIZ

Fr. 25. und Sa. 26. März 2011 → Markthalle Langenthal

reCYCLE – Velobörse Langenthal

Gesund mobil sein. Wer ein günstiges Occasions-Velo kaufen oder sein altes Velo verkaufen will, ist an der Velobörse am richtigen Ort. Ausgediente Velos sind ebenfalls willkommen, sie werden reCycled! Natürlich sind auch die neuesten Velomodelle sowie Elektrovelos zu bestaunen, zu testen und zu kaufen.

Fr. 25.3.2011, 18.00 – 20.00 Uhr
Sa. 26.3.2011, 9.00 – 14.00 Uhr

Infos: www.langenthal.ch → siehe "News"

So. 27. März 2011 || 10.00 Uhr und 13.00 Uhr
→ Abfahrt in Langenthal, per E-Bike nach Melchnau

Besichtigung der Solarstromanlage in Melchnau

Führung durch die grösste gebäudeintegrierte Solarstromanlage der Schweiz – ausgezeichnet mit dem Schweizer Solarpreis 2010. Die Anlage wurde auf Initiative von vier Bauernfamilien in Zusammenarbeit mit der pvenergie ag geplant und realisiert. Der sogenannte Energiestall produziert seit Mai 2010 Solarstrom für rund 65 Haushalte! Nach der rund 45-minütigen Führung wird vor Ort eine kleine Stärkung für die Rückfahrt angeboten.

Erste Führung:
10.00 Uhr Besammlung beim Verwaltungszentrum Langenthal.
10.15 Uhr Abfahrt mit Flyer-Elektrovelos (od. eigenem Velo). Rückkehr um ca. 12.30 Uhr.

Zweite Führung:
13.00 Uhr Besammlung beim Verwaltungszentrum Langenthal.
13.15 Uhr Abfahrt mit Flyer-Elektrovelos (od. eigenem Velo). Rückkehr um ca. 15.30 Uhr.

Wer kein Velo hat oder ein Elektrovelo testen will, kann auf Anmeldung unter Tel. 062 916 22 96 oder alain.perrenoud@langenthal.ch kostenlos eines ausleihen. Bei Regenwetter wird ein Sammeltransport organisiert. Wir bitten Sie, nicht mit dem eigenen Auto nach Melchnau zu fahren!

Mo. 28. März 2011 || 17.45 Uhr → Kino Capitol, Langenthal. Eintritt frei.

"DIE 4. REVOLUTION – Energy Autonomy"

Der Dokumentarfilm "DIE 4. REVOLUTION – Energy Autonomy" steht für eine Vision. Die Vision einer Gesellschaft, deren Energieversorgung nachhaltig, sauber und dezentral erfolgt, frei von schädlichen Emissionen und jeglicher Belastung für Mensch und Umwelt, frei von Monopolen, Kartellen und Lobbyisten, frei von politischen Abhängigkeiten und Ressourcenknappheit, zugänglich und erschwinglich für alle.

Di. 29. März 2011 || 18.30 bis ca. 20.30 Uhr → Alte Mühle, Langenthal. Eintritt frei.

"Jetzt – energetisch modernisieren" und Energiekosten halbieren

Die öffentliche Informationsveranstaltung "Jetzt – energetisch modernisieren" richtet sich in erster Linie an Hausbesitzer. Es werden umfassende Informationen über die Chancen einer Gebäudemodernisierung und die aktuellen Förderprogramme von Bund und Kanton aufzeigt. Detailinformationen entnehmen Sie bitte der beiliegenden Einladung.

Mi. 30. März 2011 || 14.00 Uhr → Kino Capitol, Langenthal. Eintritt frei.

Animationsfilm "Wall-E"

Die Menschheit hat die Erde komplett zugemüllt, sich auf ein Vergnügungs-kreuzfahrtraumschiff gerettet und der letzte noch funktionierende Roboter (Wall-E) ist dabei, den Heimatplaneten aufzuräumen.

Do. 31. März 2011 || 18.00 bis 19.00 Uhr sowie 19.30 bis 20.30 Uhr
→ Alte Mühle, Langenthal. Eintritt frei.

"Der klimafreundliche Haushalt"

Die Vortragsreihe "der klimafreundliche Haushalt" richtet sich an die gesamte Bevölkerung. In einem einstündigen, interaktiven Vortrag werden ausgewählte Energiethemen wie z. B. effiziente Haushaltsgeräte und Beleuchtungen, Standby-Verluste sowie Tipps zum richtigen Heizen und Lüften thematisiert. So sparen Sie Energie ohne Komfortverlust und schonen den Geldbeutel. Am Schluss erhalten die Teilnehmenden Fakten und Tipps schriftlich zusammengefasst in Form von einem kleinen Wettbewerb. Der Wettbewerbspreis, passend zu den Vortragsthemen, wird sogleich ausgelost.



Stadttrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 28. März 2011

Stadtratspräsident Roland Christen: Mit der reCYCLE-Velobörse am Freitag, 25. März 2011 sei in Langenthal die Energiesparwoche gestartet worden. Die Sparwoche dauere noch bis Donnerstag, 31. März 2011. Er empfehle an den verschiedenen Veranstaltungen gemäss Programm teilzunehmen und aktiv mitzumachen.

Mit bestem Dank für den heutigen Abend, wünsche er allen eine gute Heimkehr und schöne Frühlingstage.